

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtausdruck  
Tageblatt Riesa.  
Sammel Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliche bestimme Blatt.

Vollschreifonts:  
Dresden 1530.  
Großfassie:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 157.

Donnerstag, 9. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufstellungsgebühr. Bis den 1. Mai des Eintritts von Großdeutschlandverträgen, Schätzungen der Währung und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Gewähr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 8 mm hohe Wandschrifttafel (6 Seiten) 20 Gold-Pfennige; zeitlosen und tabellarischen Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Beihilfe erlaubt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss über der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Richtige Unterhaltungsschulung — hat der Bezieher Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Leichgräber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Die Konferenz von London.

Als in der letzten Woche das Kabinett MacDonald entgegnete, unmittelbar nach der französisch-amerikanischen Einigung über den Hooverplan eine Konferenz in London abzuhalten, sandte die Einladung in Paris eine beinahe erbotene Ablehnung. Als aber jetzt am 7. Juli der englische Botschafter Lord Tyrrell der französischen Regierung erneut die Einladung überbrachte, wurde diese sofort mit verbindlichem Danté angenommen. Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten und Deutschlands werden sich somit zu Beginn der nächsten Woche in London ein Stelltheim geben.

Die Fragen, die sie zu erörtern haben, bedürfen vorerst noch der Klärung. Es ist aber kaum anzunehmen, daß das Problem des Garantiefonds große Schwierigkeiten macht, nachdem die Franzosen sich bereit erklärt haben, die mehr als 400 Millionen RM, die sie nach dem Young-Plan im Falle eines deutschen Moratoriums mäßigen während des nächsten Sommers an die USA zu entrichten haben, in Rentenratezahlungen nach Basel abzuführen. Auch Schatzkanzler Snowden, der ehrige und gewissenhafte Hinter des englischen Staatschefs, dürfte leichtlich gegen diese französisch-amerikanische Vereinbarung keine im Unterhaus bereits vorgetragenen Ausschreibungen aufweisen.

Wesentlich anders ist es um die Sachleistungen bestellt. Nachdem feststeht, daß der deutsche Reichsbudschalt im laufenden Reparationsjahr von allen Reparationszahlungen bereit wird, fallen auch die Kostenzahlen für Sachleistungen, die 600 Millionen RM überschreiten, weg. Nun gibt es aber eine knappe Reihe von festen Sachleistungsvorträgen, deren Durchführung im Jahre nebenbei 150 Millionen RM erfordert. Was soll aus diesen Verträgen werden? Das ist die Frage, über die man sich schon in Paris die Köpfe zerbrach. Handelt es sich dabei doch vielmehr um Unternehmen, die mittler im Bau begriffen sind und ohne schwere wirtschaftliche Schädigungen nicht unterbrochen werden können. Man denkt nur an den Bau von Stauwerken, elektrischen Anlagen und dergleichen mehr. Andererseits ist die deutsche Wirtschaft, die unter einer notorischen Arbeitslosigkeit leidet, an dem Fortbestand mancher Sachleistungsvorträgen nicht un interessiert. Gelt steht ebenfalls, daß jährlinge Beiträge in dem jetzt begonnenen Reparationsleiterjahr faktisch auch bezahlt werden müssen. Die Sachverständigen, die in der nächsten Woche in London zusammentreten, werden die Mittel und die Wege auszufinden schaffen, auf denen diese Zahlung erfolgt.

Eine besonders harte Prise, die von den Sachverständigen aufzufordern werden soll, bilden die Jahresraten, in denen die jetzt festgestellten Reparationszahlen in den Jahren 1933 bis 1943 zu rücksichtigt werden sollen. Es handelt sich hierbei um jeweils 150 Millionen RM, die über den Young-Plan hinaus den deutschen Reichsbudschalt belasten werden. In Paris hat sich niemand darüber Sorgen gemacht, ob das Deutsche Reich diese Summe überhaupt aufzubringen vermöge. Diese Feststellung bedarf allerdings einer Einschränkung, insoweit nämlich diese Sorge in den letzten 14 Tagen nicht zum Ausdruck kam. Vor etlichen Monaten freilich, als ein weitverbreiteter Sachverständigenausschuß unter Vorsitz des Amerikaners Owen Young in Paris tagte, legte man einen Reparationsplan fest, der das Höchstmäß der deutschen Zahlungsfähigkeit fixierte. Dieser Plan ist der ganzen Welt unter dem Namen Young-Plan bekannt. Wie steht über diese Höchstsummen hinaus das Deutsche Reich zehn Jahre hindurch 150 Millionen mehr als der Young-Plan vor, aufzubringen soll, erscheint vorerst schleierhaft.

Bereitslich werden sich die Sachverständigen konfrontieren, aber noch nicht darüber streiten, was geschehen soll und wird, nachdem das Schuldenleiterjahr vorüber ist. In Berliner politischen Kreisen macht man sich darüber aber schon heute sehr ernste Gedanken. Man hält es geradezu für selbstverständlich, daß eine neue große Reparationskonferenz zusammenentreten wird, nachdem die finanzpolitische Lage des Deutschen Reiches und Europas einigermaßen geklärt ist. Diese Klarung liegt freilich erst dann vor, wenn die Auswirkungen des Schuldenleiterjahrs sich eingemessen übersehen lassen. Erst dann können aus dem Weltmoralatorium die erforderlichen Schlussfolgerungen gezogen werden. Ob dies schon im nächsten Winter oder im Frühjahr möglich ist, will uns fraglich erscheinen. Man wird jedenfalls die Ergebnisse des Weltwirtschaftskongresses abwarten, der am 8. Februar 1932 in Genf zusammenentreten und vermutlich auch die amerikanischen Präsidentenwahl, die, wie man sich erinnern mag, bestimmt erst im Spätherbst des nächsten Jahres stattfinden werden.

Es ist aber sehr leicht möglich, daß Präsident Hoover sich erneut veranlaßt sehen kann, mit starker Hand in das europäische Wirtschaftsleben einzutreten. Staatssekretär Simon, der auf seinem europäischen Sommerbesuch bereits in Rom eingetroffen ist, hat in seiner Besprechungszeit den wichtigen Auftrag Hoovers, „beim Besuch der wichtigsten Hauptstädte Europas keinen persönlichen Beitrag zur Lösung aller Fragen zu liefern, die im gegenwärtigen politischen Moment auf der Tagesordnung stehen, oder Fragen, keine ausgedehnten!“ Wie sich hieraus ergibt, hat die hohe amerikanische Außenpolitik Europa gegenüber eine vollkommen Neuorientierung eingefordert. Der Abstinenzpolitik gegenüber, die unmittelbar nach kriegerende „Hände weg von Europa!“ proklamierte, erscheint jetzt eine amerikanische Politik wachsenden Interesses und

## Die Londoner Sachverständigen-Konferenz.

Washington, 9. Juli.

Der stellvertretende Staatssekretär Castle erklärte, daß Amerika sich an der technischen Konferenz zur Regelung der Ausführung des Hoover-Planes in London beteiligen werde.

Die amerikanischen Delegierten würden zwar hauptsächlich als Beobachter auftreten, gleichzeitig aber dafür sorgen, daß die Entscheidungen der europäischen Finanzexperten sich innerhalb des Geistes des Hoover-Planes halten. Er hoffe, die Entscheidungen bald zustande kommen, möglichst schon vor dem 15. Juli, damit der Hoover-Plan in Kraft sei, bevor die Zahlungen Deutschlands fällig werden.

### Anerkennung für Deutschland

Die Regierung der Vereinigten Staaten stelle mit Befriedigung fest, daß die Reichsregierung das Menschenmöglichkeit tue, um die Finanzlage zu verbessern, insbesondere sei der gemeldete Garantieplan der deutschen Banken und Industrieunternehmungen ein sehr erfreuliches Zeichen.

### ... und ein Dämpfer

Herner gab der stellvertretende Staatssekretär einen Kommentar zu seiner historischen Darstellung der Entwicklung des Hoover-Planes. Er erklärte, der Präsident habe unter anderen Plänen die zeitweise Revision der Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen erwogen, jedoch habe ihm der Vorschlag einer Revision der bestehenden Verträge ferngelegen.

Der Präsident, so führte Castle dazu aus, habe zu keiner Zeit irgendeine dauernde Revision der ausländischen Schuldenregelungen in Vorschlag gebracht oder erwogen. Das Thema sei lediglich von dem Gesichtspunkt aus erwogen worden, wie eine Hilfe für die infolge der Weltdepression herrschenden zeitweiligen glücklichen Umstände geschaffen werden könnte.

Während der gesamten Verhandlungen sei dauernd an dem vorhergehenden Fortbestand (Integrität) der erwähnten Vereinbarungen festgehalten worden. Die Ansichten der amerikanischen Regierung seien in der Verlautbarung des Präsidenten vom 20. Juni voll zum Ausdruck gelommen und bei den Verhandlungen wäre nichts anderes miteinbezogen.

### Londoner Sachverständigenkonferenz am 17. Juli?

London. Wie Steurer erfuhr, wird damit gerechnet, daß die Sachverständigen am 17. Juli in London zusammentreten werden.

### England beobachtigt noch eine Regierungskonferenz.

London. Im Zusammenhang mit der Einigung über den Hoover-Plan ist eine Konferenz der Finanzsachverständigen der einzelnen Länder notwendig geworden, die die technische Ablösung der Dinge vornehmen soll, die noch in ihren Einzelheiten geregelt werden müssen. Auf dieser Konferenz sind natürlich keine politischen Fragen mehr zu entscheiden, sondern es handelt sich lediglich darum, die technische Durchführung der Bestimmungen des Hoover-Planes so zu regeln, daß durch ein Zusammensetzen der beteiligten Länder jede Meinung vermieden wird. Diese Konferenz soll in der nächsten Woche in London stattfinden.

Bon England ist der Gedanke ausgegangen, im Anschluß an diese technische Konferenz eine Regierungskonferenz nach London einzuberufen, die vielleicht die Ratifizierung der Vereinbarungen der Experten vorzunehmen hätte.

Dieser Plan, der in der französischen Presse mit Beifall gefeiert wird, ist wohl wohl kaum realisierbar. Die britische Wirtschaft ist Washington sogar entschlossen, wie die Pariser Verhandlungen beweisen, dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und der Reichsfinanzen in völliger Passivität gegenüberzustehen. Im Interesse seiner eigenen Wirtschaft ist Washington sogar entschlossen, wie die Pariser Verhandlungen beweisen, der französischen Reparationspolitik ein Paroli zu bieten. Dies ist ein neuer Faktor in der hohen Politik der Weltmächte, dessen Tragweite und Auswirkungen sich zur Stunde noch gar nicht übersehen lassen.

### Luther fährt nach London?

Berlin, 9. Juli.

Noch einer Londoner Meldung des „Berliner Tageblattes“ wird Reichspräsident Dr. Luther nach London fahren, um, wie es in den Meldungen heißt, über eine neue

begrüßt worden ist, dürfte nicht überall ungeheure Zustimmung finden, auch bei der deutschen Regierung nicht; denn zur Ratifizierung der Abmachungen der Finanzmänner wäre der umständliche Apparat einer internationalen Ministerzusammenkunft nicht erforderlich. Das läßt sich auf dem üblichen Wege des diplomatischen Notenwechsels einfacher und weniger kostspielig erledigen. Die verantwortlichen Staatsmänner werden in den nächsten Wochen ohnehin Arbeit, auch Konferenzarbeit genug haben. Wenn Berlin die Vertreter der englischen Regierung und den amerikanischen Staatssekretär Simon empfangen hat, werden die Vertreter der deutschen Regierung ihre Besuche in Paris und Rom machen, um die durch den Abschluß des Hoover-Planes eingeleitete neue Ära der Verhandlung in freundlicher Unterhaltung weiter auszubauen. Die Meldung, daß Mussolini nach Deutschland oder wenigstens durch Berlin kommen will, ist noch nicht offiziell bestätigt. Von den zuständigen deutschen Stellen wird versichert, daß er eines freundlichen Empanges sicher sein könnte.

### D. Hoesch bei Ministerpräsident Lvov.

Paris. Die Unterredung, die Botschafter D. Hoesch gestern abend mit Ministerpräsident Lvov hatte, fand statt, weil Außenminister Briand, der sich für einige Tage aufs Land begeben hat, erst Ende dieser Woche wieder nach Paris zurückkehren wird. Im Laufe der Unterredung sind alle die Fragen besprochen worden, die sich aus der Annahme des Weiterjahres durch alle interessierten Regierungen ergeben. Der deutsche Botschafter hat dabei auch die Bestätigung der Reichsregierung darüber erläutert, daß der Vorschlag des Präsidenten Hoover nach Abschluß der Pariser Verhandlungen von allen Wählern angenommen werden ist. Er brachte dem Ministerpräsidenten Lvov außerdem den Text der Botschaft des Reichskanzlers an Präsident Hoover vom 2. Juli und den Text der Rundesgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 7. Juli zur Kenntnis.

Paras veröffentlicht eine offizielle Mitteilung über die Unterredung und teilt mit, daß die Verhandlungen über die sofortige Durchführung des allgemeinen Herrenjahrs sehr aktiv betrieben wurden, so daß bereits am Montag, den 13. Juli, die internationale Zahlungsbank in Basel den französischen Antrag über die Bedingungen, zu denen Frankreich im Falle eines Youngplanmoralatoriums den im Youngplan vorgesehenen Garantiefond zu stellen hätte, prüfen würde. Am 17. Juli, heißt es in der Meldung weiter, werde in London die Konferenz der Sachverständigen beginnen, die sich mit der technischen Durchführung des Moralatoriums und mit der Frage der Sachleistungen beschäftigen sollte. Bei diesen Verhandlungen werde Deutschland vertreten sein. Erst nach Beendigung der Arbeiten der Sachverständigen werde entschieden werden, ob eine Konferenz der Minister der verschiedenen interessierten Länder einzließlich Deutschlands notwendig sei, und wann sie in diesem Falle zusammenentreten würde. Im übrigen wird in der Havasmeldung bemerkt, daß der Botschafter des Reichskanzlers Brünning und des Reichsaußenministers Gurius in Paris entweder in den letzten Julitagen oder zu Beginn des Monats August zu erwarten sein dürfte.

### Kein Rücktritt Simsons

Washington, 9. Juli.

Geflüchtete, die davon wissen wollen, daß Simson zurücktreten beabsichtige, wurden hier aufs schärfste dementiert. Es wurde betont, daß der Staatssekretär wichtige Fragen in Europa zu besprechen hätte und sowohl das Währungs- als auch das Schuldensproblem studieren werde.

Staatssekretär Simson ist Mittwoch abend in Bon eingetroffen.

größere Anleihe für die Reichsbank zu verhandeln. Man darf wohl sofort mit der Reise rechnen.

### 1,6-Milliarden-Anleihe für Deutschland?

London. Die Bank von England hat bisher die Meldung von einer Verlängerung des an die Reichsbank gegebenen Kredits über den 16. Juli hinaus weder bestätigt noch dementiert. In City-Kreisen rechnet man damit, daß den deutschen Banken eine Anleihe von mindestens 1,6 Milliarden begeben werden muß.

### Pariser Besprechungen Hendersons nach dem Berliner Besuch.

London. (Funkspruch) Manchester Guardian berichtet, Henderson werde von Berlin wieder nach Paris zurückkehren, um weitere Besprechungen mit Briand führen.

Dah  
segen 54.  
Flegeriger  
höhlä bei  
neben. T  
tonne ge  
Flugang  
mit einen  
zelt vor  
Sicht nief  
Gro  
Dienstag  
stetischer  
Herr Bern  
sam er s  
Reiter-Ro  
aehaltet  
Er hängt  
Mentiment  
Militärp  
\* W  
abend in  
Deutschland  
von Leipzig  
Zillenber  
landen. 2  
Schneewi  
fester. 3  
des Kün  
Mei  
mittag ei  
er von d  
Ehe ver  
abschaff  
wurde de  
nach dem  
anderen ?  
schaftlichen  
Bewegung  
waren vo  
den Men  
gestern be  
Mei  
7 Uhr fo  
dass am 8  
hervorbr  
hängende  
gefährdet  
die Fabr  
Schiffswa  
peratoren.  
D  
Wiener L  
fehrstöhr  
hat unter  
für eine  
Verlebri  
müssen u  
bunden f  
Straße u  
befahrung  
den, dñe  
mehtbaren  
\* D  
Der Rat  
des Ober  
mit der  
der Reich  
Grußbe  
Gütersaufz  
ungen, so  
den A-G  
halle und  
gerzeigt  
Staatsm  
rat soll  
Die neue  
nung, da  
\* D  
mittag bi  
Stade in  
Er zog  
kenscha  
stisch Ed  
kraftwage  
Triebrwa  
eineindru  
jellen w  
braucht.  
\* D  
nächst mu  
brochen.  
ren. \* D  
gen. Einem G  
wirkt ha  
tischen G  
Der ische  
Rennen mit  
einer e  
\* D  
versuchte  
aus Dre  
Leben zu  
wurde d  
er bereit  
legen ha  
Johannin  
\* W  
t wurde de  
den, als  
bootfahrt  
einem D  
Bilhelmi  
ihren 10  
jahrigen  
  
der Leic  
in Georg  
gütigung  
das die  
der Tod  
eines G  
\* B  
brachte  
erichtete  
reiche S  
die best  
dantmal  
dienst in  
unnac  
denutzen  
Rechtsle  
Bund; E  
und an  
Bevölke

## Die Sommerferien sind da!

Das Wort „Ferien“ hat immer einen guten Klang, ganz gleich ob es sich um „große“ oder „kleine“ handelt. Für unter Jugend aber ist das Wort Ferien sicher das allerhöchste im deutschen Sprachschatz. Wir sind ja alle selbst einmal jung gewesen und wissen sicher noch ganz genau, wie fröhlig wir nach Hause kamen, wenn es die Ferien waren. Heute ist Schluss, die Ferien beginnen! Die heutige Jugend ist in dem Punkt gerade noch so wie vor Jahrzehnten. Man muss nur sehen und hören, wie glücklich sie am Ferienbeginn die Schule verlassen — die Buben und Mädchen — wie sie jubeln und lachen! Spielen — spielen und wieder spielen — baden und schwimmen, paddeln usw., vielleicht auch zu Großvater und Großmutter, zu Onkel oder Tante aufs Land fahren, oder gar auch mit den Eltern an die See oder ins Gebirge reisen — was gäbe es für die Jugend wohl noch schöneres!

Und die Erwachsenen? Nun, sie können auch alle ein paar Ferienwochen gut gebrauchen, um ihr körperliches und seelisches Wohlbefinden wieder herzustellen — zumal in diesen Zeiten schwerster Sorgen und Aufrüttungen für Millionen Menschen. Reisen kostet allerdings Geld und meistens mehr, als man veranschlagt hatte. Trotz alledem — wer in den ersten Ferientagen die großen Fernbahnhöfe besucht, wird das alte gewohnte Bild sehen: Scharen von Menschen im Reiseanzug kommen, beladen mit großen und kleinen Gepäckstücken, ausgeregetes hin und her, bis man im Zug sich selbst und alle Koffer, Taschen, Schirme, Stöcke, Hüte usw. „verstaubt“ hat! Und wenn dann das lange Zugunterfangen sich, bespannt mit 1—2 prustenden Dampfrossen, in Bewegung setzt und Hunderte mit ihren Taschentüchern „Glückliche Reise“ winken — ja, dann freuen sich zwar alle die, die im Zug waren, aber die Zurückbleibenden gehen doch mit einem Wehgefühl im Herzen von dannen. Mag sich glücklich preisen, wer noch in der Lage ist, verreisen zu können! Wir wünschen Ihnen nicht missgönnen. Schließlich ist's ja, wirtschaftlich gesehen, gut, wenn noch Leute vorhanden sind, die verreisen können.

Wenn die, die der Stadt entstiegen, „drausen“ sind, dann sehen sie bald völlig verändert aus. Sie sind ruhiger geworden — man sieht's an den Gesichtern — sie sangen bald unter dem wohltuenden Einfluss von Sonne, Wasser und Luft an, körperlich wohl auszusehen.

Möchte der Wettergott allen Ferienreisenden gütig gefügt sein und ihnen schönes Ferienwetter schenken, damit die Freude der Erholung ungetrübt sei! Aber auch den Heimgebliebenen viel Freude!

W.

## Sächsisches und Sächsisches.

Riesa, den 9. Juli 1931.

\* Wettervorbericht für den 10. Juli 1931. (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Wettermäßig bewölkt, vorwiegend trockenes, nur zeitweilig etwas zur Unbeständigkeit neigendes Wetter. Tagstemperaturen ein wenig höher, anfangs noch labhaft, in freien Gebirgslagen stürmische Winde aus westlichen Richtungen, im späteren Verlauf allmählich abflauend.

\* Daten für den 10. Juli 1931. Sonnenaufgang 5.54 Uhr. Sonnenuntergang 20.15 Uhr. Mondaufgang —. Monduntergang 15.31 Uhr.

1509: Der schweizerische Reformator Johannes Calvin in Noyon geb. (gest. 1564).

\* Andererweise Festsitzung der Schalterdienststunden beim Zweig-Postamt Riesa 3 (Stadtteil Gröba):

bisher 8—12.30 15—18 Uhr.  
ab 12. Juli 8—12 15—18 Uhr.

\* Goldene Hochzeit. Am Freitag, den 10. Juli, feiert Herr Moritz Schade, wohnhaft Bahnhofstraße 14, mit seiner Frau das goldene Ehejubiläum. Das Jubelpaar, im 78. bzw. 71. Lebensjahr lebend, reichte sich die Hand zum Bunde vor 50 Jahren in der Klosterkirche, in der es auch im goldenen Schmuck wieder eingesegnet wird. Wechselseitige Zeiten waren ihnen bezeichnet. Er war anfangs ein schlichter Handwerksmeister, wurde dann Kontinentenwirt auf dem Truppenübungsplatz Beuthain und später Besitzer des Restaurantes „Bürgerhof“. Nach Verlust des Grundstückes lebt er als Kleinrentner, den die Inflation um das Seine gebracht hat, mit seiner Frau in stiller zurückgezogenheit. Möchten dem vergangenen Jubelpaare noch recht viele sonnige Tage des Lebens beschieden sein.

\* Fällige Steuern. Im amtlichen Teil vorliegender Tagessatzung erlässt das Finanzamt Riesa eine Erinnerung an die 2. Rate Einkommensteuer 1931 der Gewerbetreibenden, an die Umlaufsteuererklärungen für das 2. Quartal 1931 und an die am 15. Juni 1931 fällig gewesene Gewerbesteuer.

\* Eintriedestochl. Gestohlen wurden in der Nacht zum 9. 7. 31 in dem Verkaufsraum des Friseurgeschäfts Großenhainer Straße 18 gegen 200 Pfennig in der über und über Verzierung, Marken Kosmos-Kairo, Bulgaria Stern und Krone und Solem Gold. Der bezw. die Täter sind Ende Schlesien- und Großenhainer Straße über den Gartenzaun geklettert, haben an einem Fenster eine Glasscheibe demoliert und haben sich dann nach Aufwärzung und Oftnen eines Fensterschlüssel durch Einbrechen Zugang in das Friseurgeschäft verschafft. Zweifellos Angaben hierüber erhielt der Kriminalposten.

\* Altenrichthal. — Polizeibericht. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sind von einem Feld an der Taubitzer Landstraße Brüderklostern gestohlen worden. Wahrnehmungen, die zur Aufklärung des Diebstahls dienen können, erhielt die biehle Polizeiwache.

\* Sonderfahrt nach Schmannewitz. Am Sonntag, den 12. 7. 1931, veranstaltet der Städtische Kraftverkehr Riesa bei ausgedehnter Beteiligung eine öffentliche Sonderfahrt ins Waldbad Schmannewitz. Es wird damit Gelegenheit gegeben, die sehenswerte Badeanlage zu besichtigen und ausgiebig zu benutzen sowie herrliche Waldspaziergänge zu unternehmen. Die Fahrt beginnt um 9 Uhr an der Autobahn Paulsberger Straße. Zugfahrten werden fann am Riesa, Friedrich-Ebert-Platz und Gasthof Merzdorf. Wir verweisen besonders noch auf die Anzeige im Interkontinentell in vorliegender Ausgabe.

\* Lichtbildwettbewerb. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, dass Sonnabend, am 18. Juli, zu einem großen Lichtbildwettbewerb des Berlins-Heimatmuseum Riesa u. u. e. B. aufgerufen wird. Der Preis dieses Wettbewerbes ist, schöne photographische Aufnahmen zu erhalten, die für unsere Heimatstadt Riesa und ihre Umgebung charakteristisch sind. Es kommen in Frage Aufnahmen aus der Natur in allen Jahreszeiten, aus dem Leben des Volkes, Bauten und Kunstgegenstände.

\* Der Chor der Oberrealschule sang gestern abend trocknemal fühler Witterung im Stadtspark. Eine Reihe von Stücken deutscher Meister (Mozart, Weber, Schumann, Hauptmann u. a.), sowie von Volksliedern aus allerlei Ländern. Die zahlreichen Zuhörerstafte spenden den wackeren Sängern und ihrem Leiter, Herrn Studienrat Schönbaum, lebhaften Beifall. Der Straußsche Walzer „Gesichter aus dem Wiener Wald“ beschloss den wohlgelingenen Abend. Mit diesem Dank schied man von dem schon so oft im Dienst der Allgemeinheit bewährten Oberrealschulchor.

\* Die Empfangssfeier für die dänischen Kinder im Stadtpark hatte gestern abend eine riesige Menschenmenge angelockt, die die Deutsche Parkwirtschaft bis auf den letzten Platz füllte. Nach dem Vortrag einiger Volkslieder durch den Chor der Schule am Wasserturm begrüßte Herr Lehrer A. Hofmann als Obmann des Ortsausschusses für Schüleraustausch die Erstien, im befreien der zehn dänischen Mädchen und den einzigen Knaben des Kinderaustausches, die sich nun vier Wochen in unserer Stadt aufzuhalten werden. Gleichzeitig dankte er den Gründern, als Mitglieder des Komitees zur Unterstützung des Schüleraustausches mit Dänemark die Sache materiell und ideell unterstützt haben sowie der Lehrerschaft der Schule am Wasserturm dafür, dass sie ihren Schulchor an der Veranstaltung zur Verstärke gestellt habe. Herr Lehrer A. Hofmann, Vorsitzender des Sächsischen Esperanto-Landesverbandes, richtete eine Begrüßungsansprache an die Dänenkinder mit ihrer Lehrerin, Frau Schröder Schmidt-Bordingborg. Er führte aus, dass der Esperanto-Landesverband schon im vorigen Jahr einen Schüleraustausch mit dem Auslande vorbereitet hatte, der nun endlich geplant sei. In der nächsten Woche würde ein weiterer Transport Dänenkinder aus der Stadt Barthus erwartet, der noch als kleine Ausländer nach Neubrandenburg. Der Redner stellte fest, dass durch den Austausch von Familien, aus Familie des einen zum anderen Volke der Völkerverständigung und dem Freuden mehr gedient sei als durch große Aktionen politischer Parteien. Fräulein Schmidt-Bordingborg erwiderte mit Dankesworten im Namen der dänischen Kinder. Sie dankte den „Pflegeeltern“ in unserer Stadt für die liebevolle und herzliche Aufnahme der Kinder und im besonderen den deutschen Esperantolehrern, die durch ihre Vermittelung den Austausch ermöglicht haben. Darauf sangen die dänischen Kinder die dänische Nationalhymne „Der er ed vidigt Land“ und zwei dänische Volkslieder. Eine drollige Blonddeutsche versuchte die Überzeugung ins Deutsche mit viel Mut! Einige deutsche Volkslieder, gesungen vom Schulchor der Schule am Wasserturm, begeisterten die eindrucksvolle Feier, die in ihrer Art etwas Besonderes für unsere Stadt bedeutete.

\* Blindenzelchen. In Großstädten sieht man, dass die Blinden außer dem Abzeichen am Arm noch eine gelbe runde Scheibe mit drei schwarzen Punkten in der Hand tragen, womit sie beim Überqueren von Straßen die Radfahrer aufmerksam machen. In Riesa ist neuerdings dasselbe Beispiel zu beobachten. Diese Renerung verdient Beachtung, damit die bedauernswerten Menschen bei ihren Ausgängen größere Sicherheit in sich fühlen.

\* Abgeordneter Wallner und der Richterverein. Zu der Erklärung des Vereins Sächsischer Richter und Staatsanwälte E. V. Leipzig übertrug der Landtagabgeordnete Dr. Wallner der Presse eine Gegenerklärung, in der es heißt: Eine kleine Anzahl Richter vereinigt im Vorstand des Richtervereins, haben meine Zustimmung zum Antrag genommen, mich in der Oeffentlichkeit herabzufügen. Sie haben dabei von den erörterten aussfälligen vier Beförderungen lediglich zwei erwähnt, sich jedoch über die beiden anderen ausgeschwiegen und dabei die bähnliche unangenehme Unterstellung gemacht, als ob ich bei meinem Verlangen um Aufklärung aus Amtstätigkeitsfeinds und Verärgerung gehandelt hätte. Es steht den Anwältern in ihrer Eigenschaft als Richter schlecht an, so unangenehme Unterstellungen zu machen, durch die das Ansehen der Richter erheblich geschädigt wird. Richter weiß Dr. Wallner darum hin, dass seine Rede im Landtag sich in der Hauptfrage mit der Vertrauenskrise zu Justiz und Recht des gesamten Gesetzgebungsvermögens durch die veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse überholst seien. Zu dieser Rede wurde ferner eingegangen auf die Beförderungsbedürfnisse. Mit diesen die Oeffentlichkeit interessierenden Fragen, so schreibt die Erklärung, sollten sich die mich ansprechenden Richter, die eine Standesvertretung sein wollen, schon einmischen. Von einer Anzahl Ausnahmen abgesehen, hat sich die Richterschaft zum Kampf um die Wiederherstellung des deutschen Rechts angeschwungen, obwohl sie in diesem Kampfe häufig vorangehen müssen.

\* Totengedenktag- und Verfassungsfeiern in den Schulen. Das Volksbildung und Wirtschaftsministerium haben folgende Verordnung erlassen: Eine größere Anzahl von höheren Schulen hält bereits jetzt regelmäßig am 1. Dezember den Totensonntag eine Gedächtnissfeier ihrer im letzten Jahre verstorbene Lehrer und Schüler ab. Wo diese Einrichtung besteht, ist sie beizubehalten und, soweit dies nicht bereits geschieht, in Zukunft mit einer Gedächtnissfeier für die Gefallenen zu verknüpfen. In allen anderen Schulen ist der Gefallenen in der Woche vor dem Totensonntag zu gedenken. Den festen Gedanken in Gestalt einer besonderen, dieses außerhalb des Unterrichts erfolgen möchte, weil es dann besonders würdig und ausdrucksstark ausgestaltet werden kann, oder ob es in den Rahmen einer Unterrichtsstunde eingefügt wird, weil es sich so als Bestandteil des Unterrichts staatsbürgertlich besonders auswerten lässt. Bei den Totengedenktagen sind nicht nur der im Weltkrieg Gefallenen, sondern auch derjenigen Gefallenen zu gedenken, die im Kampfe um das Deutschtum in den auf den Weltkrieg folgenden Jahren ihr Leben gelassen haben. Aussätzige gegen andere Staaten haben dabei zu unterscheiden. — In einer zweiten Verordnung wird bestimmt: Da mit einer reichsrechtlichen Regelung der Verfassungsfeier für dieses Jahr nicht mehr gerechnet werden kann, ist die Feier des Verfassungstages in allen Schulen des Landes nochmals gemäß Artikel 1 bis 4 Satz 1 der Verordnung vom 24. Juni 1929 in den Schulen, in denen der 11. August nicht in die Sommerferien fällt, haben die Feier am 11. August zu veranstalten. In der Verfassungsfeier ist zugleich der vor 100 Jahren am 4. September geschaffenen alten sächsischen Verfassung zu gedenken und die Bedeutung zu würdigen, die sie für unser Land gehabt hat. Die Feier hat selbstverständlich jede parteipolitische Einstellung zu vermeiden und nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen.

\* Die erhöhten Haushalte. Die sächsischen Industrie- und Handelskammern haben an das Finanzministerium folgende Eingabe gerichtet: In vielen Fällen ist eine Prolongation der Aufwertungshypotheken nur dann zu erreichen gewesen, wenn Hypothekenschuldnere sich bereit gefunden haben, vom 1. 1. 1931 an höhere Raten als 5 v. H. zu zahlen. Dadurch tritt selbstverständlich für den Haushalter eine Mehrbelastung ein. Diese Mehrbelastung aber kann meistenteils von ihm nicht abgewölbt werden, da die geheime Wette seit ihrer letzten Erhöhung vom 1. Oktober 1927 an in Sachen eine weitere Erhöhung nicht erfahren hat. Da der Maßstab und der Steuerzoll der Mietansteuer auf eine 4%ige Verzinsung der Aufwertungshypotheken und eine Festziehung der gezeitlichen

Miete auf 120 v. H. der Friedensmiete abgestellt sind, muss deshalb nach Ansicht der sächsischen Industrie- und Handelskammern alles getan werden, um diese ungünstige Unwollte Belastung des Haushaltssatzes zu verhindern. Wie bestimmt darüber das Finanzministerium, durch eine Verordnung dafür Sorge zu tragen, dass die durch die Höhesteigung der Raten für Aufwertungshypotheken vom 1. 1. 1931 an entstehenden Wehraufwendungen in voller Höhe auf die Aufwertungshypotheken angerechnet werden dürfen.

\* Bildung örtlicher Schiedsstellen. Nach Verhandlungen zwischen dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und dem Zentralverband Sächsischer Gemeinden andererseits ist eine Einigung dahin erzielt worden, dass die örtlichen Schiedsstellen für kommunale Arbeitgeberstellen am vorigen Tag errichtet werden, dass die örtlichen Arbeitsgerichte zu errichten sind. Die Schiedsstellen sollen gemeinsam für die Bearbeitung der Arbeiter- und Strafanträge verantwortlich gehalten werden und höchstens je drei Richter und drei Stellvertreter umfassen. Die Führung der Geschäfte soll dem Stadtrat, an dem die Schiedsstelle begründet wird, übertragen werden; die Termine sollen möglichst im Rathaus stattfinden.

\* Hygienischer Vortrag für Lehrer. Durch die Lehrer sollen die Regeln der Hygiene zu den Schülern und damit ins Volk bringen. Der Reichsausschuss für Hygiene und Volksbildung veranstaltet daher vom 2. bis 4. August ds. J. in Dresden einen hygienischen Lehrgang für Lehrer und Lehrerinnen an Berufs-, Volks- und Mittelschulen. Die Internationale Hygiene-Ausstellung wird dafür das beste und anschaulichste Lehrmittel bilden.

\* Reichswohrtagsgesetz in Sachsen. Der Vortag hat am 6. Juli 1931 die Regierung zur Übernahme des aus Sachsen entfallenden Teiles des am 31. März 1931 aufgelösten Reichswohrtags mit eröffneten Kraft vom 1. April 1931 ab ermächtigt. Die in den sächsischen Staaatssenat zu übernehmenden Beamten bilden die Gendarmerieabteilung Dresden (Wasserstrich) und eben außer den der Gendarmerie allgemein obliegenden Aufgaben innerhalb des Landgebiets, den Wasserschutz im Bereich der Elbe aus. Die Abteilung untersteht dem Amtsbehörden Sachsen-Anhalt des Reichswohrtags.

\* Was sind Ferienjächen? Am 15. Juli beginnen die Ferienjächen, die bis zum 15. September dauern. Es ist wichtig zu wissen, welche Arten von Prozessen von dem Eintritt der Ferienjächen betroffen werden. Die Ferienjächen sind völlig ohne Einfluss auf Strafverfahren, Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Aufzugsverstößen. Ebenso werden auf dem Gebiet des Bibelprozesses in den Ferienjächen genau wie sonst weiterbearbeitet: Arrestjächen und einstweilige Verfügungen, Wiederkächen, Wiederkächen, Wiederkächen. Ansprüche aus außerkrimelichen Verlehr, alle Zwangsverstösse jährlingen, ternet die Konflikte und Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konflikts, die Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichten und die Kostenfestsetzungshäfen. In anderen Bibelprozessen werden während der Ferienjächen weder Termine abgehalten noch Entscheidungen erlassen. Aber auch diese Prozessjächen sind, wenn sie beim Amtsgericht abhängig sind, mit einem Antrag für Ferienjächen zu erklären. Wird ein derartiger Antrag nicht gestellt, so bleibt die Sache bis zum Ablauf der Ferienjächen liegen. Es empfiehlt sich also, in allen Amtsgerichtsjächen, die nicht schon vom Gelehr zu Ferienjächen erklärt sind, deren schleunige Behandlung aber einem Beteiligten unbedingt nötig ist, als bald einen Antrag dahin zu stellen. Wird ein derartiger Antrag gestellt, so muss die Sache beim Amtsgericht in den Ferien weiterbearbeitet werden, es sei denn, dass in einer mündlichen Verhandlung widersprechende Anträge gestellt werden und sich ergibt, dass die Sache nicht besonderer Belehrung bedarf. Beim Landgericht anhängige Prozessjächen, die nicht schon ohne weiteres Ferienjächen sind, können auf Antrag ebenfalls zu Ferienjächen erklärt werden, sofern sie auch nach Einsicht des Landgerichts selbst besonderer Belehrung bedürfen.

\* Bekämpfung des Kornfäfers. Aus verschiedenen Teilen des Landes sind in letzter Zeit Schäden durch den Kornfäfers gemeldet worden. Dieser kleine schwarze Kornfäfer lebt in den Korn- und Mehlvorräten auf dem Speicher und kann sehr lästig werden. Seine Bekämpfung ist äußerst schwer, wenn er sich bereits stark vermehrt hat, dagegen recht leicht, wenn man rechtzeitig gegen ihn vorgeht. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Bevor die neue Rute eingelegt ist, sollte der Speicher leer geräumt und gründlich gereinigt werden, denn der Käfer geht fast immer aus von den vom Käfer stark durchlebten Körnern. Nachdem die Dielen und Wände sauber geputzt sind, streicht oder pinselt man die Räume mit Antikämfärmöl aus. (Auf einen Liter Kämfärmöl 1 Liter Antikämfärmöl.) Gründlich vertrühen! Man atmet die Antikämfärmöle nicht unbedingt ein und öffne bei der Arbeit Fenster und Türen. Man kann zum Spülens eine Rebspitze verwenden, damit die Flüssigkeit nicht fein verteilt wird. Wenn noch ein vom Kornfäfer durchsetzter Vorjähriger Rest vorhanden ist, sollte man ihn durch die Punktmeile töten oder wenn möglich, im Badkoffer dörren, auf jeden Fall aber entfernt von der neu eingebrachten Frucht lagern.

\* Bekämpfung des Kornfäfers. Aus verschiedenen Teilen des Landes sind in letzter Zeit Schäden durch den Kornfäfers gemeldet worden. Dieser kleine schwarze Kornfäfer lebt in den Korn- und Mehlvorräten auf dem Speicher und kann sehr lästig werden. Seine Bekämpfung ist äußerst schwer, wenn er sich bereits stark vermehrt hat, dagegen recht leicht, wenn man rechtzeitig gegen ihn vorgeht. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Bevor die neue Rute eingelegt ist, sollte der Speicher leer geräumt und gründlich gereinigt werden, denn der Käfer geht fast immer aus von den vom Käfer stark durchlebten Körnern. Nachdem die Dielen und Wände sauber geputzt sind, streicht oder pinselt man die Räume mit Antikämfärmöl aus. (Auf einen Liter Kämfärmöl 1 Liter Antikämfärmöl.) Gründlich vertrühen! Man atmet die Antikämfärmöle nicht unbedingt ein und öffne bei der Arbeit Fenster und Türen. Man kann zum Spülens eine Rebspitze verwenden, damit die Flüssigkeit nicht fein verteilt wird. Wenn noch ein vom Kornfäfer durchsetzter Vorjähriger Rest vorhanden ist, sollte man ihn durch die Punktmeile töten oder wenn möglich, im Badkoffer dörren, auf jeden Fall aber entfernt von der neu eingebrachten Frucht lagern.

\* Rote bei verschlossener Tür baden! Tats ein hoher Prozentsatz der heutigen Unfälle das Badezimmer zum Schaukasten hat, geht aus deutlichste aus den Unfallsstatistiken der Versicherungsgesellschaften hervor. Es gibt viele Unfälle im häuslichen Bad, die bei geübten Vorsicht hätten vermieden oder wenigstens in geringerem Maße, wenn es sich um eine lebensgefährliche Verletzung handelt, verhindert werden können. Die meisten Unfälle in der Badezelle sind auf Wundleisten auf dem schwülen Boden oder auf Fuß auf die oder aus der Badewanne zurückzuführen. Eine weitere Gefahr bringt das zu heiße

**Dresden.** Flugzeugnotlandung. Dienstag morgen gegen 6.40 Uhr musste das Schulflugzeug D. 1824 der Sächs. Fliegerstaffe Leipzig infolge Motorschadens auf eine Großhöhe bei der Elmes-Mühle auf einem Hünenfelde niederzufallen. Das Flugzeug ging unbeschadet zu Boden und konnte gegen 11 Uhr seinen Flug nach Leipzig fortsetzen. Der Flugzeugführer, Chef pilot Paul Mothe, der von Dresden mit einem Werkmeister an Bord abgesetzt war, musste deshalb vorher in der Nähe von Großenhain infolge schlechter Sicht niedergehen.

**Großenhain.** Sein 80. Lebensjahr vollendete am Dienstag den 7. Juli, der siebte Rentner, frühere Handelsfleischer Otto Jenisch, der hier, Bahnhofplatz 11, wohnt. Herr Jenisch stammt aus Glashütte. Im September 1871 kam er nach Großenhain und trat später bei dem damaligen Reiter-Regimente, das später zum Oskar-Regiment umgestaltet wurde, ein, um seiner Militärdienstpflicht zu genügen. Er hängt als alter Soldat noch heute mit Liebe an seinem Regiment und ist seit 30 Jahren ein treues Mitglied des Militärvereins „Oskarshütten“.

**Weitböhla.** Flugzeugnotlandung. Am Dienstag abend in der 7. Stunde musste ein Verkehrsflugzeug der Deutschen Verkehrsflug A.-G., das sich auf der Fahrt von Leipzig nach Dresden befand, wegen Abwirrens eines Zylinders an der Weitböhla-Sörnewitzer Allee unten landen. Der abgerissene Zylinder fiel auf das Dach der Sörnewitzer Steingutfabrik und durchdrang ein Oberlichtfenster. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Bevölkerung des Altwackers ging glatt vorstatten.

**Meschen.** Den Tod in der Elbe suchte Dienstag nachmittag ein etwa 18jähriger junger Mensch von hier, indem er von der Brücke sprang und anschließend in den Fluten der Elbe verschwand. Vom rechten Ufer aus machten sich alsbald hilfesuchende Leute an das Rettungswerk. Schließlich wurde der Lebendmünd von seinem Bruder erreicht und nach dem Lande gebracht, wo ihm auf halber Wege noch von anderen Personen Hilfe zuteil wurde. Die schlummernden wirtschaftlichen Verhältnisse scheinen auch hier, wie so oft, die Beweggrund zur Tat zu sein. Wiederholungsversuche waren von Erfolg, doch erfolgte die Überführung des jungen Menschen nach dem Stadtkrankenhaus, wo es ihm geltern besser ging.

**Meißen.** Brand auf der Elbe. Gestern abend gegen 7 Uhr konnte bei Fahrten die Beobachtung gemacht werden, daß am Heck eines Motorfisches eine große Sichtflamme hervorbrach. Das Schiff gab sofort Notsignal. Der anhängende Kahn wurde seitlich abgesteuert, weil dessen Bug gefährdet schien. Der Brand wurde mit Erfolg bekämpft, die Fahrt konnte fortgesetzt werden. Anscheinend war die Schiffswand durch Überhitzung der Auspuffdüse im Brand geraten.

**Dresden.** Wasserrohrbruch am Hauptbahnhof. Ein Wiener Blas trat gestern morgen eine umfangreiche Verkehrsstörung ein, die auf einem Wasserrohrbruch unmittelbar unter den Gleisen der Straßenbahn zurückzuführen ist. Auf einige Meter von der Bruchstelle in der Nähe des Verkehrsübergangs wurde das Stromversiof von den Wasserstoffen unterbrochen und die Gleise aufgerissen, sodass der gesamte Verkehr an dieser wichtigen Straßenkreuzung unterblieben ist. Sämtliche Straßenbahnen, die durch die Prager Straße fahren, müssen umgeleitet werden. Die Ausbaustarbeiten, die sofort in Angriff genommen wurden, dürfen längere Zeit beanspruchen, sodass mit einer mehrwöchigen Verkehrsbehinderung zu rechnen ist.

**Dresden.** Vertrag der Reichsbahn mit der Stadt. Der Rat genehmigte in seiner Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Küla die im Zusammenhang mit der Großmarktanlage abzuschließenden Verträge mit der Reichsbahngesellschaft über mittweile Überlassung von Grundbesitz und über die aus dem Gleisbauklaus und der Güterzuflöhrung sich ergebenden gegenseitlichen Verpflichtungen sowie den Vertrag mit der Großmarktanlage Dresden A.-G., indem Bau und Finanzierung der Großmarkthalle und die Überlassung der Anlage an die Stadt näher geregelt sind. Zur Führung des Betriebs und größten Staatsmannes der sudetensländischen Staaten Simon Bolivar soll eine Dresdener Straße nach ihm benannt werden. Die neue Straße am Landesfinanzamt erhält die Bezeichnung „Sachsenstraße“.

**Dresden.** Verkehrsunfälle. Am Mittwoch nachmittag blieb auf der Fürstenstraße ein Radfahrer mit seinem Rad in den Straßenbahnstrichen hängen und stürzte. Er zog sich einen Schädelbruch zu und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Abends in der 7. Stunde stieß eine Buhnen und Radberger Straße ein Lieferwagen mit einem Straßenbahnzug zusammen. Am Triebwagen der Straßenbahn wurde der Bordperron eingeklemmt. Der Kraftwagen stürzte um. Der Führer desselben wurde mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

**Dresden.** Einbruch in eine Bauhütte. Gestern nacht wurde in den Zwingeranlagen eine Bauhütte erbrochen. Die Täter erlangten mehrere tausend Stück Zigaretten und Sigaretten.

**Dresden.** Deutscher von einem Tschechen erschlagen. Wie der Telusion-Sachdienst erfährt, mache in einem Gasthaus in Neuerndorf im böhm. Wald der Landwirt Hans Hader aus Buchsberg im Verlaufe eines politischen Gesprächs absäßige Äußerungen über die Tschechen. Der tschechische Legionär, Tschermekmeister Vidnyánsky aus Neuerndorf, lachte auf der Straße auf und rüttete ihn mit einem Knüppel darunter, daß Hader bald darauf starb.

**Heidenau.** Den Tod geriet. In Oberheideau verlor in der Nacht zum Mittwoch ein Privatdetektiv aus Dresden, sich durch Einnehmen von Salzsäure das Leben zu nehmen. Außerdem hatte er sich eine Schußwunde beigebracht. Er wurde erst aufgefunden, nachdem er bereits mehrere Stunden in sterbendem Regen gelegen hatte. In bedenklichem Zustande wurde er dem Johanniterstiftshaus zugeführt.

**Bad Schandau.** Plötzlicher Tod. Am Sonntag wurde der 36-jährige Kaufmann Herbert Müller aus Dresden, als er sich mit seinem Bruder auf einer Paddelbootfahrt befand, zwischen Postelwitz und Schnippen von einem Herzschlag ereilt, der zum tödlichen Tode führte.

**Hohenstein.** Zum 100. Geburtstag. Der Witwe Wilhelmine Auguste Leuner, die, wie gemeldet, gestern ihren 100. Geburtstag beging, sind u. a. Glückwünsche des Reichspräsidenten v. Hindenburg und des sächsischen Ministerpräsidenten Schiedt zugegangen.

**Ebersbach.** Nitroinvergiffung. Die Regierung der Leiche des plötzlich verstorbenen Kellnerin Bohorna, die in Georgswalde, wie gemeldet, auf der Straße unter Vergiftungserscheinungen zusammengebrochen war, hat ergeben, daß die Bohorna an chronischer Nitroinvergiffung litt und der Tod durch Herzstillstand eingetreten ist. Der Verdacht eines Mordes ist also hinfällig.

**Böhrn.** Fahnenvorwurf. Der vergangene Sonntag brachte der Ortsgemeinde des Stahlheims die schon lang erwartete Fahne. Am frühen Vormittag fanden sich zahlreiche Stahlheimer von außerhalb ein. Eingezeichnet wurde die Fahne mit der Krönungserlegung am Gefallenendenkmal in Böhrn, an die sich um 10 Uhr ein Festgottesdienst in der Kirche zu Böhrn anschloß. Anschließend fand dann noch eine Gefallenenehrung am Böhrner Kriegerdenkmal statt. Nach der Mittagspause formierten sich die Heimkehrer, Stahlheim, Jungstahlheim, Königswalde-Bund, Scharnhorst-Jugend sowie Vertreter der Ortvereine und auswärtigen Organisationen zum Festzug, der von der Bevölkerung begleitet, zum Weißer Platz führte. Im Anschluß

daran ergriff der Ortsgemeindesitzer, Anteilsober Burchheim, das Wort, um die Anwesenden und besonders den Gauführer, Prof. Dr. Völker, sowie den Bezirksoberleiter, Horstmeier Bärner, zu begrüßen. Eine zündende Weihrede hielt der Gauführer und wehte dann die Fahne, die alte Siegelflagge, und gab sie an den Ortsgemeindesitzer zurück.

**Leipzig.** Wieder ein Nachspiel zum Stahlheims-Standal. Es ist bekannt, daß an den Weihnachtsfesten der Leipziger Städtebund die „Steigbahn GmbH.“ nicht unweigerlich mischförmig ist. Von der Steigbahn wurde immer beschworen, sie hätte wirtschaftlich gar nicht so schlecht gehandelt, sie hätte sich halten können, wenn nicht aus die Vereinigung eines gewissen Ingenieurs Groß hin die Städtebund ihr unvermerkt die Kreditlinie geliefert hätte. Groß wurde vom Direktor der Steigbahn wegen Beteidigung verklagt, in erster Instanz auch zu 800 RM. Geldstrafe verurteilt; die Berufungsinstanz vor der Strafsammer in Leipzig kam aber jetzt zur kostenlosen Freiprechung. Es wurde als erwiesen angelehnt, daß die ungünstige Lage der Steigbahn GmbH. der Städtebund belastet gewesen sei, lange bevor Groß seine warnende Stimme erhoben hatte.

**Leipzig.** Das Polizeiverwaltungsamt teilte mit: Um 7. 7. nach 10 Uhr abends sind in der Merseburger Straße in Höhe der Hausschildstraße zwei Personen in Bläßkleidung ohne sichtbare Abzeichen von vier unbekannten jungen Männern angehalten und zunächst nach Abzeichen durchsucht worden. Um gleicher Augenblick kamen noch sechs andere unbekannte Männer hinzu. Einer von ihnen richtete sofort eine Armeepistole gegen die beiden und bedrohte sie mit den Worten: „Hände hoch, Ihr habt Waffen bei Euch!“ Dann durchsuchten sie beide nach Waffen. Nach mehreren Hilferufen der Bedrohten und dem Versuch, an der nächsten Haustüre zu alarmieren, entfernten sich die Täter unverzüglich. Mehrere von ihnen trugen schwarze Hemden und blaue Schürzen, wie sie die Mitglieder des antifaschistischen Verbands tragen.

**Leipzig.** Zum Tode des Studenten Mat. Die weitere Untersuchung des Toten im Institut für gerichtliche Medizin hat ergeben, daß die Armverlehung keine Schußverlehung ist. Die weiteren sich heraus ergebenden kriminopoliellen Reaktionen sind im Gang.

**Nöthnitz.** Restaurierter Kunstschatz. Der aus der Wende des 15. und 16. Jahrhunderts stammende Altar Marienaltar (Marienaltar) der kleinen Marienkirche wurde mit besonderen Opfern der Landesherrschaft für Denkmalschutz restauriert und der Öffentlichkeit zur Besichtigung freigegeben. Neben den beiden Elbermannischen Orgeln, die schon oft über die Sender der WDR zu hören waren, besitzt die kleine Marienkirche in den benannten Altar einen wertvollen Kunstschatz.

**Chemnitz.** Todestall. Am Sonntag verstarb hier im Alter von 87 Jahren der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Bruno Wehnert. Er gehörte zwölf Jahre lang dem Landtag an und war 34 Jahre lang Mitglied des Chemnitzer Stadtverordnetenkollegiums.

**Chemnitz.** Lüchspieltheater im Konkurs. Neben das Vermögen der Firma Luxorpalast, Theatergesellschaft m. b. H. Lüchspiele in Chemnitz Hartmannstraße in der Konkurs eröffnet worden. Das Theater wurde geschlossen.

**Böhlen.** Erdbeben. Erdbeben. Ein böhmisches Schlossfeuerlern wurde mit einer Schußverlehung an der Brust ins Krankenstift gebracht. Er und sein Kollege wollten auf dem Golgenrandweg von einer Bergbaude aus angeschossen worden sein. Die Polizei ermittelte, daß der Ueberfall erichtet war. Der jüngere der beiden Jungen hatte vielmehr beim Ausprobieren einer Kugel zuvor gefeuert, von ihm selbst etwas umgearbeitete Schußwaffe dem anderen vorsätzlich in die Brust getroffen.

**Böhlen.** Stadtparlament gegen Novoverordnung. Das Stadtvorordnetenkollegium batte sich in seiner ziemlich unruhig verlaufenden, mit dem Auschluss eines Kommunisten auf die Dauer von drei Sitzungen endenden letzten Sitzung vor den Sommerferien mit der Nachbereiligung von 1.168.000 RM für Wohlfahrtsausgaben, hauptsächlich Allgemeine Fürsorge, zu befassen. In einer Entschließung wurde der Rat beauftragt, wegen Aufhebung der Novoverordnung bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, da die Novoverordnung der Novoverordnung für alle Siedlungen der Bevölkerung und für die Stadt selbst die Katastrophenlasten förmlich zeitigte. Oberbürgermeister Holz wies nach, daß die Erlösbarkeit und Überlebensfähigkeit, die die Novoverordnung der Stadt bringen (790.000 RM), durch Windereinnahmen und Vermehrung der Fürsorgelaisten vermutlich wieder aufgeholt werden. Ein Defizit von 1.3 Millionen Mark entsteht dadurch, daß Reich und Staat nicht, wie im Haushaltplan vorgesehen, 1/4 der Aufwendungen für Wohlfahrtsvermögen übernimmt. Wenn nicht weitere Überlebensfähigkeiten erfolgen, werde die Stadt gezwungen sein, die Bürgersteuer in einem Umfang zu erhöhen, der über das zutreffliche Maß hinausgehe.

## DHS gegen BSG

Zwickau, 9. Juli.

Auf einem Vortragsabend des Deutschnationalen Handlungsgesellen-Verbandes (DHS) ging Gauvorsteher Bierl, als besonders auf den Vortrag ein, den der Direktor des Verbandes Sachsischer Industrieller, Wittke, am 25. Juni in Chemnitz hielt. Mit bestremender Schärfe habe Direktor Wittke im Rahmen der sächsischen Unternehmerschaft zu den staats- und sozialpolitischen Aufgaben in Aussführungen Stellung genommen, in denen er mit dem Generalstreik der Unternehmer gedroht und den Sozialstaat geprägt habe: „Misstrauen ist heute die erste Bürgerschuld!“ Diese Ausführungen seien geeignet, alle natürlich gewachsene Bindungen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer zu sprengen und das und Unzuverlässigkeit an ihre Stelle zu legen. Die Rede Wittkes werde so zum Signal und zur bangen Frage für die Massen, die sich mit ihrem Schicksal gebunden fühlen an das Schicksal der Nation und die deshalb den Klassenkampfgedanken marginalisierter Prädiktion ablehnen: Sind die Unternehmer zu der Klasse geworden, die kein „Wir“-Gefühl und kein „Wir“-Bewußtsein hat, zu der Klasse, die keine Bindung an die Nation mehr anerkennt, die ihre Beziehungen schlicht und mit ihrem Geld ins Ausland zieht oder, wie Herr Wittke sagt, die Bude schleift und stampft geht?

„An die sächsischen Unternehmer haben wir“, fuhr Bierl weiter fort, „angehört des Willkürlichen Vortrags in aller Offenheitlichkeit die Frage zu richten, ob sie sich mit den Klassenkampftheologien dieses leidenden Industrieangestellten identifiziert, der noch nie einen Pfennig als selbstständiger Unternehmer angelegt und der noch nie einen Menschen als selbstständiger Unternehmer beschäftigt hat.“

Der Redner schloß: „Die Zeit ist da, in der sich das Führeramt in seiner Gesamtheit entscheiden muß, ob es, geführt durch eine ihm günstige Arbeitsmarktlage, den Lebensstandard des deutschen Volkes zugunsten des eigenen Vorfalls und des Vorteils unserer Tributländer herabdrücken lassen will, vielleicht noch unter das Niveau slawischer oder asiatischer Völker, oder ob es sich aus seiner Blutsverbindung und aus seiner väterländischen Verpflichtung heraus auf die Seite seines Volkes stellen will, um durch soziale Verständigungsbereitschaft den Marxismus zu überwinden und der Freiheit eine Basis zu bilden.“

## Aus den Nachbarstaaten.

**Reichsknappenschaft.** Fürgt die Pensionäre und Witwenbezüge um 50 Prozent.

\* **Lauchhammer.** Durch eine Anordnung der Reichsknappenschaft sind die Bezüge der früher im Lauchhammerswerk beschäftigten gewesenen Pensionäre und der Witwen des verstorbenen Arbeiters neben der durch die Novoverordnung verursachten Minderung von 10 Prozent um weitere 50 Prozent gekürzt worden. Durch diese gesetzlich in keiner Weise begründeten Maßnahmen liegen nunmehr die Bezüge der Lauchhammerschen Pensionäre und Witwen weit unter den Sätzen der allgemeinen Fürsorge, so daß zu erwarten ist, daß durch die Anträge auf Gewährung von Fürsorgeunterstützung eine erhebliche weitere Belastung des Kreises und der Gemeinden eintrete. Um wirksam gegen diese Anordnung der Knappenschaft, die mit irgend einem Formfehler begründet wird, zu protestieren und ihre Zurücknahme zu erreichen, ist eine Protestversammlung aller Lauchhammerschen Pensionäre und Hinterbliebenen der in der Knappenschaft verscharften Belegschaftsmitglieder einzuberufen. An der Versammlung werden auch die an der Angelegenheit besonders interessierten Gemeindevertreter, Vertreter des Kreises und der Knappenschaft teilnehmen.

## Das Volksbegehren in Preußen abgelehnt.

**Wd. Berlin.** Im preußischen Landtag wurde der durch das Volksbegehren des Stahlhelms gestellte Antrag auf Landtagsauflösung mit 229 gegen 190 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis wurde mit sturmhaften Kundgebungen und Plakaten bei den Oppositionsparteien aufgenommen.

## Ermittlungsverfahren gegen die Brüder Lohusen.

**Berlin.** (Funkspur.) Die Bremer Staatsanwaltschaft hat, wie die „Volkszeitung“ erläutert, soeben ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Zusammentreffens des Norddeutschen Konsorten eingeleitet. Dieses Verfahren wird in erster Linie wegen Betruges geführt, dann aber auch wegen einer Reihe schwerer strafrechtlicher Verstöße gegen handelsrechtliche Vorschriften; auch die Frage der Bilanzverfälschung und Steuererheben wird geprüft. Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren richtete sich nicht nur gegen die Vorstandsmitglieder von Nordwolle, die drei Brüder Lohusen, sondern auch gegen eine Anzahl von anderen leitenden Persönlichkeiten von Nordwolle.

Das Verfahren der Staatsanwaltschaft, das noch in den ältesten Untergängen steht, gestaltet sich außerordentlich schwierig, da die Gesellschaft, die sogar für einen Teil der Gläubiger noch völlig undurchsichtig sind, von den Beamten der Bremer Staatsanwaltschaft nur außerordentlich schwer geprüft werden können. Gegenwärtig wird darüber beraten, insofern das gesuchte Dokument zu beschlagnahmen ist, um die erforderlichen Unterlagen in die Hände zu bekommen. Bei der Bremer Staatsanwaltschaft wird auch die Frage erogen, ob mit Waffengewalt auf die Strafanzeige zu begegnen ist, um die Strafanzeige zu beschließen. Bei der Bremer Staatsanwaltschaft soll bereits in allernächster Zeit fallen.

## Lebte Gußspruch-Meldungen und Telegramme

vom 9. Juli 1931.

Eine kommunistische Arbeitzeitung beschlagnahmt.

**Budapest.** (Funkspur.) Die Ausgaben der Kommunistischen Arbeitzeitung vom 7. und 8. Juli 1931 sind von den polnischen Postbehörden auf Grund des Republikabschusses beschlagnahmt worden.

**Annahme des handelspolitischen Gemäßigungsbeschlusses im Nationalrat.**

**Wien.** (Funkspur.) Der Nationalrat nahm heute mit der erforderlichen Mehrheit das handelspolitische Gemäßigungsbeschluß in zweiter und dritter Lesung an. Durch das Gesetz erhält die Regierung bis zum 15. Oktober 1931 die Gemäßigung, wenn der Nationalrat nicht tagt, Handelsverträge durch Verordnung mit Zustimmung des Haushaltsschusses in Kraft zu setzen.

Großherr im rumänischen Petroleumgebiet.

**Sukarela.** (Funkspur.) In dem Petroleumgebiet von Sukarela geriet gestern ein Bohrturm in Brand, von dem das Feuer auf zwei weitere Bohrtürme übergriff. Der Brand ging unter mächtigen Explosionen vor sich. Von fliegenden Trümmern wurden ein Arbeiterschlafraum und drei Petroleumbehälter in Brand gesetzt, die unter gewaltigem Feuer in die Luft stiegen. Brennende Petroleumtröpfchen näherten ihren Berg talabwärts. In der benachbarten Ortschaft Gorten wurden zur Warnung der Einwohner die Kirchenglocken geläutet. Mit großer Mühe gelang es, die Ortschaft vor einer Katastrophe zu bewahren. Der Umfang des Schadens wird auf 10 Millionen Lei beziffert.

Reichsbankpräsident auf dem Wege nach London.

**Asterdam.** (Funkspur.) Reichsbankpräsident Dr. Luther, der gestern abend Berlin verlassen hat, ist heute vormittag hier eingetroffen. Er hat seine Reise nach London alsfortgesetzt. Von London wird sich der Reichsbankpräsident unter Verführung der wichtigsten Finanzplätze, die auf dem Wege nach der Schweiz liegen, nach Basel begeben, wo am 18. dieses Monats die 12. Verwaltungsratssitzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich stattfindet.

**Reichsbankpräsident Dr. Luther in London eingetroffen.**

**London.** (Funkspur.) Reichsbankpräsident Dr. Luther ist von Holland kommend, auf dem heutigen Flug nach Großbritannien eingetroffen.

Die amerikanischen Flieger über Alaska.

**Tokio.** (Funkspur.) Die amerikanischen Flieger Robbins und Jones haben auf ihrem Pazifikkreisling die Stadt Nome in Alaska passiert.

**Kinderhaarpflege.** Das Kinderhaar muss besonders sorgfältig gepflegt werden. Nehmen Sie hierzu ein mildes Shampoo, wie es „Schwarzkopf-Ectra“ ist. Außerdem liegt diesem „Haarglanz“ bei jenes ideale Mittel, das Haar elastisch, krafft und gesund zu erhalten. Was aber die Kinder besonders beeindruckt, ist die neue „Schwarzkopf-Ectra“, die als Hülle von „Schwarzkopf-Ectra“ dient. Sie verhindert, daß den kleinen Schäumen oder Wasser in die Augen kommt und macht ihnen die Haarspülung zum Freudenfest!



## Einheitsfront der deutschen Wirtschaft.

Ein großes Kreditinstitut aus dem Nichts geschaffen.  
Der Aufmarsch von 1000 maßgebenden deutschen Wirtschaftlern und Industriellen an einer kreditpolitischen Einheitsfront von beinahe beispieloser Geschlossenheit ist ein Ereignis, das in diesem Augenblick unanglaublich eine Wiederbelebung des Vertrauens in Deutschlands Wirtschaftskraft, in die Initiative seiner Wirtschaftsführer und also in seine wirtschaftliche Zukunft herbeiführen muss. Es ist ein Vorgang, der schon in der Art seiner Konzeption und schlagartig darauf folgenden Durchführung Bewunderung wecken muss. Das das der Fall gewesen ist, lassen die ersten Recherchen der ausländischen Presse über diesen Vorgang denn auch schon deutlich erkennen. So ist man z. B. in London der Ansicht, dass der 500 Millionen-Garantiefonds dieses neuen deutschen Kreditinstitutes durchaus als Grundlage für Anleihen resp. Kredite in der dreifachen Höhe dienen kann. Es ist verständlich, dass der Reichsbankpräsident Dr. Luther höchst erfreut darüber ist, dass es gelingen konnte, aus dem wirtschaftlichen Chaos der letzten Tage, beinahe aus dem Nichts ein solch mächtiges Kreditinstitut herzaurütteln. Er begrüßt das nicht nur als unmöglichstes Symptom für den Lebens- und Zukunftswillen der deutschen Wirtschaft überhaupt, sondern darüber hinaus noch in seiner Eigenschaft als Reichsbankpräsident, in welcher er vielleicht am peinvollsten unter allen deutschen Wirtschaftsführern die entfesselten Nervenprobe der letzten 14 Tage erlebt hat. Soll doch dieses neue Kreditinstitut vor allen Dingen dienen, der Reichsbank künftig das Schicksal zu ersparen, immer und immer wieder den ersten und stärksten Anprall aller Angriffe auf den deutschen Kapital- und Creditmarkt ertragen zu müssen. Unter der Deckung durch dieses, von tausend starken Werken getragene Institut wird die deutsche Reichsbank wieder Atem- und Ellenbogenfreiheit, wieder neue Elastizität gewinnen, um die auf die deutsche Wirtschaft niederschauenden Schläge, wirksamer als sie es bisher konnte, abzumehren.

Aber darüber hinaus bedeutet dieser Aufmarsch der deutschen Wirtschaftler und Industriellen einen verheiternden Willkür für zukünftige Verhandlungen über weltwirtschaftliche Fragen, die sich um die beiden, in den letzten Monaten so vielfach erörterten Projekte von Montagu Norman und Franck fristallisierten. Es ist also zugleich ein Aufmarsch zur Annahmenahme der völlig grundlegender, weltumfassender Wirtschafts- und Finanzfragen. Hier ein solches Beispiel gegeben zu haben, das an Großzügigkeit der Gestaltung nur mit dem Hooverplan vergleichbar ist — wäre doch der Hooverplan an Schnelligkeit der Durchführung mit diesem Vorgang vergleichbar gemesen! —, sichert Deutschland in dem künftigen Ringen um die Bewältigung jener weltwirtschaftlichen Probleme eine hervorragende Stellung.

## Spaniens neue Verfassung.

Am Schock der neuen spanischen Regierung ist soeben der Verfassungsentwurf für die spanische Republik fertiggestellt worden. Nach ihm werden die Provinzen in weitem Umfang die Autonomie erhalten. Die Städte der Armee und Flotte soll von den Cortes alljährlich festgelegt werden. Der Senat wird 250 Mitglieder umfassen, von denen 50 durch die Provinzen, 50 durch die Arbeiterschaft, 50 durch das Unternertum, 50 durch freie Berufe und die letzten 50 durch die Universitäten und religiösen Vereinigungen gewählt werden sollen. Wenn 25 % der Bewohner eine Verfassungsänderung beantragen, muss diesem Antrag stattgegeben werden. Ob diese Klaue nicht doch noch bedenklich ist? Die Erfahrung wird es lehren.

Die deutsche Wirtschaftsgarantie.

bdz. Zu der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie sind noch am Mittwoch abend die Durchführungsbestimmungen erlassen worden. Die praktische Durchführung der von den namhaftesten Führern der deutschen Wirtschaft angeregten Kreditgarantie wird sich so vollziehen, dass die 1000 Unternehmern von Betrieben, deren Betriebsvermögen 5 Milliarden Mark übersteigt, anteilig zu einem Gesamtbetrag von 500 Millionen halten für etwaige Ausfälle aus Kreditgeschäften, die die Deutsche Gold- und Wechselbank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredites tätigt. Diese Haftung tritt ein für Kreditgeschäfte, die in den nächsten zwei Jahren mit Zustimmung eines Ausschusses abgeschlossen werden, der aus sieben Mitgliedern besteht und dem der Reichsbankpräsident und der Aussichtsatzvorstand der Deutschen Gold- und Wechselbank angehört.

Bei den 500 Millionen, die als Haftungssumme der deutschen Großbetriebe buchmäßig festgelegt sind, — dieser Betrag wird nicht als besonderer Fonds in bar aufgelöst — handelt es sich um eine Ausfallgarantie. Das muss besonders hervorgehoben werden, damit nicht der Irrtum entsteht, als könnten nur Auslandskredite bis zur Höhe von 500 Millionen aufgenommen werden. Es liegt hier etwa so wie bei dem Aktienkapital einer Bank, das auch nicht die Grenze für die Kreditaufnahmefähigkeit des Instituts darstellt. Hier liegt es so, dass die Kreditfähigkeit der Gold- und Wechselbank wesentlich gesteigert wird durch die Haftungsgarantie der deutschen Wirtschaft.

Der Weg der Notverordnung ist beschritten worden, um die von der deutschen Wirtschaft ohne jeden Druck vom Ausland angeregte Aktion möglichst schnell durchführen zu können. Diese gebotene Schnelligkeit wäre nicht gewährleistet gewesen, wenn man sich auf den Weg der Freiwilligkeit beschränkt hätte. Das technische Verfahren ist dadurch erleichtert worden, dass ein ähnlicher Vorgang der Gesamtbürgschaft der großen deutschen Betriebe schon zu verzeichnen war, bei der Ausbringung der Beiträge für die Osthilfe aus der Industrie-Obligationenbank. Die 500 Millionen-Bürgschaft wird jetzt verteilt auf die einzelnen aufbringungsfähigen Betriebe nach dem Schlüssel, der sich aus den Beiträgen für die Osthilfe ergibt. Sollten Ausfälle eintreten, so werden die Haftanteile nach demselben Schlüssel verteilt. Die Industrie-Obligationenbank spielt die Rolle eines Treuhänders. Die eventuellen Anforde-

rungen der Gold- und Wechselbank gehen an dieses Institut, das dann die Abrechnung mit den einzelnen aufbringungspflichtigen Betrieben vornimmt.

## Was ist die Gold- und Wechselbank?

bdz. Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten mit der das Angebot der bedeutendsten deutschen Industrie-, Bank- und Handelsunternehmungen zur Aufbringung einer solidarischen Bürgschaft in Höhe von 500 Millionen für die Gold- und Wechselbank geschahen ist, bindet worden ist, ist geeignet, das Vertrauen des In- und Auslandes in die deutsche Wirtschaft zu stärken und damit nach den schweren Rückslägen der letzten Zeit einen neuen Aufstieg zu erreichen. Der Durchschnittsbürger, der von Bank und Börse nicht allzuviel weiß, wird zunächst schwer erkennen können, welche Funktionen die durch den Garantiefonds gestärkte Gold- und Wechselbank zu erfüllen hat.

Diese Gold- und Wechselbank ist bald nach der Stabilisierung, nämlich durch Gesetz vom 19. März 1924, errichtet worden, und zwar auf der Basis der englischen Währung. Diese fremde Währung ist dem Zweck der Gold- und Wechselbank deshalb besonders angepasst, weil zur Zeit der Gründung dieses Instituts das Vertrauen des Auslandes in die neue deutsche Reichsmark noch nicht fest genug geworden war. Die Wirtschaft konnte aber mit der Beibehaltung von Exportkrediten nicht länger warten. Es war der Hauptzweck der Gold- und Wechselbank, solche Exportkredite zu beschaffen und damit unseren Außenhandel wieder in Gang zu bringen. In Mark umgerechnet beträgt das Eigenkapital der Gold- und Wechselbank 200 Millionen; die Majorität hat die Reichsbank. Nach weitergehender Entwicklung des ausländischen Vertrauens in die Marktwährung dachte man an die Liquidation der Gold- und Wechselbank. Indessen hat man die Bank noch in der Notverordnung vom 1. Dezember dadurch weiter wirksam gelassen, dass man ihr eine breitere Arbeitsbasis übermittelte. Die Bank hat im Augenblick auch mittel- und langfristige Exportgeschäfte zu finanzieren. Während noch 1930, im Sommer, die von der Gold- und Wechselbank gegebenen Exportkredite nur etwa 50 Millionen erreichten, sind sie nach der neuen Erweiterung des Instituts zu Ende des Jahres 1930 bereits auf 117 Millionen Mark angewachsen.

Polnische Grenzverletzungen.  
Marienwerder. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Am 7. Juli etwa gegen 17 Uhr hat bei Danthen, Kreis Marienwerder, ein polnischer Defektur aus Graudenz in voller Ausrüstung und Bewaffnung die Grenze überschritten. Er wurde von polnischen Grenzbeamten verfolgt und gefangen. Polnische Beamte haben dabei, wie durch Rennan einwandfrei festgestellt worden ist, etwa 50 Meter weit deutsches Gebiet betreten. Sie haben ferner von polnischem Gebiet aus hinter dem Defektur mehrere Schüsse auf deutsches Gebiet abgegeben. Der Defektur ist entkommen und hat sich dem nächsten deutschen Landespolizeiposten gestellt. Die weiteren Ermittlungen sind im Gange.

Wie weiter bekannt wird, hat sich bei Garslitz vornecker eine zweite Grenzverletzung angezeigt. In der Nähe des Stadtgutes Garslitz kam eine Frau im Walde herum, und zwar unzweifelhaft auf deutschem Boden. Sie wurde von einem polnischen Polizisten von der

Grenze her angemessen. Sie befand sich auf polnischem Gebiet, er musste sie verhaften. Die Frau lief davon, der polnische Beamte verfolgte sie und betrat dabei etwa 100 m weit deutsches Gebiet. Als die Frau rief: „Da kommt ja ein deutscher Polizei“, ging der polnische Beamte auf polnisches Gebiet zurück. Die weiteren Ermittlungen sind im Gange.

## 3962000 Arbeitslose am 30. Juni 1931.

In der zweiten Hälfte des Monats Juni hat der Arbeitsmarkt eine weitere Entlastung erfahren; nach dem Stande vom 30. Juni 1931 wurden insgesamt 3962000 Arbeitslose gezählt gegen rund 4 Millionen am 15. Juni 1931. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung hat sich von 1476000 auf 1414000 ermäßigt. In der Arbeiterfürsorge hat sich die Zahl der Arbeiterunterstützten weiter erhöht, und zwar von 933000 auf 940000; im vorangegangenen Berichtsabschnitt betrug die Summe rund 4000.

## Sommersprossen!

das garantiert einzig wirkliche Mittel ist und bleibt  
**Frucht's Schwanenweiß**  
Wt. 1.75 und 3.50.  
Schönheitswasser Abrodite gegen Mitesser, Pickel und alle Hautunreinheiten. Wert 1.75 und 3.50.  
An haben bei Rudolf Blumenfchein, Hauptstr. 99.

## Qualitäts-Drucksachen

Kataloge + Werbedrucksachen  
Drucksachenf. Handel, Industrie

## Langer & Winterlich

Riesa, Goethestraße 59 \* Telefon 20

Wanzen? Ameisen?  
und Brutvernichtung nur Russen, Schwaben, Südmit. „Binnental“. Ge- den um. Totale Ber- rücklos. Garant. Erfolg. nichtung nur mit Tube 75 Wfg. (erg. 1/2 Lit.). Umegib. 75 Wfg.  
Allein zu haben. Drog. M. B. Dennide. Hauptstr. 4.



## PREISSENKUNG

für unsere RAMSES- Raucher-

BISHERIGER PREIS	9	CIGARETTEN	40s
JETZIGER PREIS	12	CIGARETTEN	40s

Wir garantieren: Die Qualität unserer Marke Ramses ist unverändert, unverändert ist auch das dicke runde Format.

Die Verpackung ist gut, wenn auch sparsam. - Dank der mit Wirkung ab 1. Juli eingetretenen Senkung der Cigarettensteuer auf billige Cigaretten ist uns diese Leistung möglich.

Die Senkung der Steuer lassen wir restlos dem Raucher zugute kommen.

**Das ist Preissenkung in der Tat!**

Rauchen Sie nur Ramses, Sie rauchen gut und sparsam!

**RAMSES**

## Politische Tagesübersicht.

Bertrauensvotum für die belgische Regierung. Die Kammer nahm mit 112 gegen 2 Stimmen bei 44 Stimmenthaltungen eine von Vandervelde und Janssens eingebrachte Tagesordnung an, in der die Antwort der belgischen Regierung auf Goovers Vorschlag gebilligt und an Beliens unverzerrbares Recht auf Rekonstruktion erinnert wird.

Attentat auf den Präsidenten des ägyptischen Parlaments. Auf den Präsidenten des ägyptischen Parlaments Tewfik Pisaat, wurden gestern abend, als er in Begleitung seiner vier Töchter vor einem Autowashing zurückkam, mehrere Schüsse abgegeben. Es wurde jedoch niemand verletzt. Die Täter sind unbekannt.

Moskaus Kreditverhandlungen in London. Wie in Moskau verlautet, sind die Londoner Verhandlungen zwischen der britischen und der sowjetrussischen Regierung über die Erhöhung der russischen Kredite für Russland erfolgreich beendet worden. Nach russischen Meldungen soll die englische Regierung sich bereit erklärt haben, die Kreditsumme auf 600 Millionen Goldrubel zu erhöhen und die Garantie dafür zu übernehmen. Die Frist der neuen Kredite sei bis auf 30 Tage, 30 Monate erhöht worden. Die russische Regierung erklärte, daß sie für diese 600 Millionen Goldrubel im Laufe von 6 Monaten Ratenzahlungen aufzubringen werde.

Italien und die päpstliche Enklave. Die durch die päpstliche Enklave über die katholische Aktion geschaffene neue Lage wird in unterschiedlichen italienischen Kreisen als gespannt und sehr heikel betrachtet. Man unterstreicht, daß durch die Enklave eine Erhöhung der Lage eingetreten sei, wie sie während des Atomenschlags nicht bestanden habe. Die Gerüchte über eine bevorstehende veröhrliche Antwort der italienischen Regierung auf die leste Note des Papstlands müssen unter diesen Umständen als überholst betrachtet werden. Irgend ein Beschluss der italienischen Regierung über die Enklave liegt indessen noch nicht vor und soll auch in den nächsten Tagen nicht zu erwarten sein.

Einladung des Völkerbundes an Amerika zur Abschaltungskonferenz. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt gestern eine Einladung des Völkerbundes, an der Abschaltungskonferenz in Genf im Februar nächsten Jahres teilzunehmen. Den Kreisen des Staatsdepartements wurde dazu erklärt, daß eine heralische Annahme dieser Einladung in den nächsten Tagen telegraphisch übermittelt werden würde.

Kriegszustand auf der Insel Mallorca. Wie aus Palma auf der Insel Mallorca, die zu den Balearen gehört, gemeldet wird, ist dort der Kriegszustand erklärt worden, da kreisende Hafenarbeiter unter Führung von Kommunisten die Schließung aller Fabriken, Geschäfte und Werkstätten erzwangen. Die Hafenarbeiter durchzogen mit aufrührerischen Gelänen die Stadt.

## Befürstehende innere Spurmaßnahmen.

Unter den Maßnahmen, die zur Durchführung des Goover-Moratoriums von der Reichsregierung angekündigt wurden, befanden sich auch Schritte zur harfen Drosselung innerdeutschen Ausgaben, über die die Reichsregierung mit den Länderregierungen bereits Rücksicht genommen hat. Nach unserer Kenntnis der Dinge sollen aus gewissen Ausgaben der Länder, vor allem aber auch an denen der Gemeinden ganz außerordentlich starke Drosselungen vorgenommen werden. Bekanntlich rechnen die Gemeinden in ihren Haushalten mit einem trotz der Notverordnung noch ungedeckten Nebenkosten von 520 Mill. RM., den sie durch Einsparungen nicht wirklich einzämmen zu können glauben. In Kreisen der staatlichen Finanzverwaltung ist man gegen diese Tiefstreckung etwas skeptisch und nimmt an, daß es sich im Ergebnis um einen wesentlich geringeren Betrag handeln werde. Vorauft sich diese Skepsis gründet, wird bei der demokratisch zu erwartenden Aussprache über die bevorstehenden Maßnahmen wohl zu Tage treten. jedenfalls ist damit zu rechnen, daß die im Laufe der nächsten Zeit an erwartenden Ausgabeneinsparungen bei den Gemeinden wie bei den Ländern von einer Schärfe sein werden, wie sie in der Nachkriegszeit noch nicht erlebt wurden und daß alle Ausgaben, die nicht zu den unabdingbar lebensnotwendigen gehören, hiervon in erster Linie betroffen sein werden.

## Stimsons Fahrplan.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson, der auf seiner Europareise in Neapel glücklich landete und an dem Veiu vorbei im Auto nach Rom fuhr, hat seine politischen Unterhaltungen mit Mussolini und Grandi bereits aufgenommen. Es will uns symptomatisch erscheinen, daß er gleich beim Besetzen des europäischen Festlands sich einem rauschenden Balkan gegenüberstellt. Bohris Staatssekretär Stimson nach Abschluß seiner römischen Gespräche noch wenden wird, scheint noch nicht endgültig festzustellen. Wichtig äußerte er sich auf die Frage, ob er zuerst Paris oder Berlin mit seinem Besuch beobachten werde, dahin, daß dies von dem Fahrplan abhänge. Die fahndigen Thesen werden sich darüber schon ihre eigenen Gedanken machen. Sie dürften aber recht haben, wenn sie annehmen, daß Staatssekretär Stimson nach Abschluß seiner Flottenabschaltungsgespräche mit Mussolini sich zunächst der französischen Hauptstadt zuwenden wird. In Berlin wird sein hoher Besuch am 21. ds. Wts. erwartet.

## Nozis Wogen wegen des Sportfest-Berbots.

VdZ. Wie der "Angriff" meldet, hat der Senat Berlin der NSDAP gegen das vom Berliner Polizeipräsidenten ausgesprochene Verbot des nationalsozialistischen Stadion-Sportfestes Beschwerde eingelegt und will die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im Verwaltungsgerichtsverfahren herbeiführen. In der Beschwerde werde betont, daß es sich um eine unpolitische Sportveranstaltung gehandelt habe, für die die Bestimmungen der Notverordnung überhaupt nicht maßgebend gewesen seien. Es sei bedenklich, im Halle einer günstigen Entscheidung den preußischen Staat auf Schadenergaz in Konkurrenz zu nehmen.

Der preußische Innensenator Seeherr hat bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß er das Sportfest der Nationalsozialisten zunächst genehmigt habe. Das spätere Verbot sei ergangen, weil aus Artikel 12 des "Angriffs" die Aufführung der Berkannter hervorgegangen sei, daß das Sportfest zu einer politischen Verankertstellung gegen die Staatsregierung ausgenutzt. Seeherr weist auch darauf hin, daß die nationalsozialistischen Unterhändler trotz seiner Bereitschaft, mit ihnen zu verhandeln, sich nach ausgeprochenem Verbot nicht mehr bei ihm eingefunden hätten.

## Aufruf zur Reorganisation der Kohlenindustrie im Donezbedien.

In Moskau. Molotow, Stalin und der Vorstand des Obersten Wirtschaftsrates, Ordzhonikidse, haben einen Aufruf an die Partei- und die Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen des Donezbedien über die Maßnahmen der Kohlenindustrie im Donezbedien berichtet, in dem laut Telegraphen-Agentur der Sowjetunion ausgeführt wird: Eine Reihe Errungenschaften des Donezbedien

# Sächsischer Landtag.

## Der Eintritt des Staates in die Sächsische Landesbühne mit 50000 RM. Gesellschaftsbeitrag empfohlen.

Der Sächsische Landtag setzte am Mittwoch die Etatberatungen mit der Genehmigung des Kapitels "Kunstzwecke" fort, wobei eine staatliche Beihilfe für das Volksgericht Gewandhaus abgelehnt und für die neu zu gründende Sächsische Landesbühne ein Staatsbeitrag von 50000 RM unter der Bedingung bewilligt wurde, daß die Wirtschaftlichkeit der neuen Landesbühne als gesichert anzusehen sei. Bei der Genehmigung des Kapitels "Staatstheater" lehnte das Haus das Gehalt des Generalmusikdirektors ab auch den Antrag, das Gehalt des Generalintendanten zu streichen. Ein Entschließungsantrag beauftragt die Regierung, die Leitung der Staatsbühne zu weiteren Einsparungen zu veranlassen. Der geforderte Überwachungsausschuß über die Staatsbühne wurde nicht genehmigt. Genehmigt wurde weiter das Kapitel "Allgemeine Kostenverwaltung" mit einem Antrag, die Sächsischen Werke anzusehen, jedes weitere Eindringen in die Privatwirtschaft, insbesondere in das Abzugsgebiet des mittelständischen Gewerbes, zu unterlassen. Die Regierung soll weiter auf eine Verbilligung der Strompreise für Kleinabnehmer hinwirken. Annahme fand auch ein Antrag, sofort bei den Sächsischen Werken die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich einzuführen.

Angenommen wurden weiter die Etatkapitel "Steuern", "Staatschulden", "Sohrenten" und "Landwirtschaftsabtriebe", sowie der Gesetzentwurf über die Erhebung der Grundsteuer für 1931 und die Regierungsvorlage über die Errichtung einer freiwilligen Neuwertversicherung bei der Sächsischen Landesversicherungsanstalt.

### Protest gegen die Notverordnung

Das Haus nahm dann mit starker Mehrheit einen Ausschlußantrag an, die Staatsregierung zu erläutern, bei der Reichsregierung gegen die Notverordnung Protest einzulegen. Falls eine Aufhebung der Notverordnung nicht erreicht werden könnte, solle die Staatsregierung auf sofortige und grundstückliche Rendierung der Notverordnung hinwirken, vor allem auf Beseitigung der sozialen Härten. Weiter soll die Reichsregierung aufgefordert werden, die ins Rollen gesetzte Kriegsschuldfrage zu einer endgültigen Lösung mit dem Ziel der Einstellung sämtlicher Reparationsleistungen in Fluss zu halten.

Die Etatkapitel "Veterinärwesen", "Förderung des Luftfahrtwesens" und "Kapitalbeteiligung an der Deutschen Luft Hansa" fanden ebenfalls Annahme.

### Die Hilfe für das Schwarzwasser

Der Landtag stimmte dann ohne Widerspruch den Anträgen zu, die aus Anlaß der Unwetterkatastrophe im Schwarzwasseral eingebrochen worden waren. Ein sozialdemokratischer Antrag erlaubt die Regierung, schnellstens den schwergeschädigten Gemeinden ausreichende Mittel zur Behebung der Notlage und Beseitigung der Unwetterhärten zur Verfügung zu stellen und bei der Reichsregierung um finanzielle Unterstützung dieser Notfallsaktion vorstellig zu werden. Ein kommunistischer Antrag ähnlichen Inhalts fordert außerdem Durchführung der Wasserverregulierung im Notfall; ein Antrag der Volksnationalen Reichsvereinigung erlaubt die Regierung, den verursachten Schaden sofort festzustellen und Hilfe zuteilen zu lassen.

In der Aussprache zu den Kapiteln "Staatsrechnungshof", "Justizministerium", "Gesamministerium", "Staatskanzlei", "Innenministerium", "Arbeits- und Wohlfahrtsministerium", "Wirtschaftsministerium", "Arbeitslosenfürsorge", "Wirtschaftsministerium", "Kreis- und Amtshauptmannschaften", "Handel und Gewerbe im allgemeinen" und "Ministerium für Volksbildung" bezeichnete Abg. Siegert (Dnat.) es als einen unhalbaren Zustand, daß seit einem Jahr eine geschäftsführende Regierung bestehe. Seine Partei werde daher das Kapitel "Gesamministerium" ablehnen. Justizminister Dr. Mansfeld wies Angriffe gegen das Justizministerium zurück. Ministerpräsident Schieck verteidigte die Beamtenpolitik der Regierung, die sich bei der Ernennung von Beamten lediglich von sachlichen Erwägungen leiten lasse.

Sämtliche Kapitel fanden Annahme, darunter ein Antrag, die Dienstaufwandsentschädigung der Minister um ein Drittel herabzusetzen. Sämtliche Anträge, die sich auf Gehaltskürzungen beziehen, wurden an den Bevölkerungsausschluß verwiesen.

Das Gehalt des Ministerpräsidenten wurde mit 30 gegen 29 Stimmen bei 30 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten genehmigt, die Gehälter der übrigen Minister mit 34 gegen 25 Stimmen bei 30 Enthaltsungen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Nächste Sitzung in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, 12 Uhr.

Der Rechtsausschuß des Landtages beschloß sich mit Bevölkerungsfragen. Wie erinnerlich, waren ihm im Zusammenhang mit verschiedenen Anträgen diejenigen Teile des Staatshaushaltplanes zur Beratung übertragen worden, die sich auf die Gehälter der Minister, Ministerialdirektoren und Ministerialräte beziehen. Dem Ausschuß lag das angeforderte Gutachten des Oberlandesgerichts vor, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Gehälter der im Amt befindlichen Beamten durch Art. 129 der Reichsverfassung gesenkt sind (wohlvorworbene Rechte). Eine Mehrheit von SPD,

während der Rekonstruktionsperiode beweist, daß alle Voraussetzungen für die unabdingbare Ausführung des Produktionsplanes vorhanden sind. Der Ausschuß stellt für das Dresdener vollkommen konkrete Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation der technischen Leitung und der Mechanisierung der Verarbeitung von Arbeiterschaffung, sowie der Verbesserung des Kultus- und Lebensverhältnisse der Arbeiter, der Ingenieure und des technischen Personals auf. Bild wichtigste Aufgabe wird die raschende Ausweitung der Technik mechanischer Problemlösung bezeichnet. Bereits im laufenden Jahre soll eine Anzahl Grubenanlagen mechanisiert werden, so daß 1932 bereits 90 Prozent aller großen Gruben völlig mechanisiert seien. Ferner sollen noch in diesem Jahre 15 in Bau befindliche neue Grubenanlagen im Betrieb genommen werden. Im Laufe von 3 Monaten soll mit der Mechanisierung der Arbeitslöhne aufgeräumt und spätestens am 1. September 33 bis 90 Prozent der Unterlage-Arbeiter, sowie mindestens 70 Prozent der übrigen Arbeiter auf Altkreditbasis umgestellt werden.

RBD, NSDAP, Aufwärtskern und Deutschnationalen beschloß aber, diesen Standpunkt nicht zu billigen und dieses Beschlussergebnis dem Ausschuß mitzuteilen. Am Donnerstag wird der Haushaltsausschuß in seiner letzten Sitzung diese Frage klären. Selbst wenn er eine Gehaltskürzung der erwähnten Beamten beschließen sollte, so würde das keine rechtlichen Auswirkungen haben können.

Der Haushaltsausschuß hielt Mittwoch seine Schlusssitzung ab. Er hatte sich mit den Anträgen der Linksparteien auf Herauslegung der Gehälter für Minister, Ministerialdirektoren usw. sowie auf Kürzung oder Belebung der Aufwandsentschädigungen zu beschäftigen. Von Bürgerlicher Seite wurde gegen die Anträge schriftliche Stellung genommen. Gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen beschloß der Ausschuß, alle Bevölkerungsanträge dem Beamtens- und Bevölkerungsausschuß zur Weiterberatung zu überweisen. Kommunistische Anträge auf völlige Abschaffung der Aufwandsentschädigungen wurden abgelehnt, dagegen mit den Stimmen der Linken den Stimmen der Reichsregierung entschieden, die Aufwandsentschädigungen der leitenden Beamten durchweg um ein Drittel zu kürzen. Endlich wurden die Entwicklungen über die Gehälter sämtlicher Minister, Ministerialdirektoren und Ministerialräte nach der Etatvorlage mit Stimmengleichheit abgelehnt, da ein staatsparteilicher Abgeordneter fehlte.

## Anträge des Sächsischen Gemeindetages zur Notverordnung.

Der Sächsische Gemeindetag hat den Landtag des Freistaates Sachsen in einer ausführlich begründeten Sitzung darauf aufmerksam gemacht, daß die Hoffnungen der sächsischen Gemeinden auf eine fühlbare Verbesserung ihrer seit langem bestehenden finanziellen Notlage durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schwer getrübt worden sind. Insbesondere ist von einer grundlegenden Arbeitslosenreform, die auch vom Sächsischen Gemeindetag dringend gefordert worden war, nichts enthalten. Wenn auf Grund der Notverordnung den Ländern und Gemeinden rund 300 Millionen RM. Mehreinnahmen zufließen sollen, so muß andererseits von vornherein darauf hinweisen werden, daß die zu erwartenden Steuerausfälle rund 440 Millionen RM. betragen werden. Dabei sind die sächsischen Gemeinden besonders ungünstig deswegen geprägt, weil die sächsischen Wohlfahrtsverbünden in den übrigen deutschen Ländern bei weitem übersteigen. Während nämlich in Sachsen am 30. April 1931 auf 1000 Einwohner = 29,54 Wohlfahrtsverbünden entfallen, beträgt die Sätze am gleichen Tage in Preußen nur 18,60, in Bayern sogar nur 9,03, in Württemberg 3,66 und auch im Reichsdurchschnitt nur 17,18. Am gleichen Verhältnis, wie die Sätze der Wohlfahrtsverbünden zugemessen haben, sind selbstverständlich auch die laufenden Unterstützungen gefallen. Nach neuesten Berechnungen fehlen den sächsischen Gemeinden und Bezirksverbänden für das Rechnungsjahr 1931 nach Einrechnung aller ihnen aus der Notverordnung zuliegenden neuen Mittel noch rund 27 Millionen RM., wobei der zu erwartende Steuerausfall mit 28 Millionen RM. noch nicht berücksichtigt worden ist. Für diese 27 Millionen RM. muß nach Lage der Verhältnisse der Ausgleich durch den sächsischen Staat erwartet werden, der bisher von den Kosten für die Wohlfahrtsverbünden unberührt geblieben ist. Eine Möglichkeit, sich insofern an den Kosten für die Wohlfahrtsverbünden zu beteiligen, ist für die sächsische Staatsregierung dahin gegeben, zum mindesten vorläufig für das Rechnungsjahr 1931 auf ihr Einkommen aus der Gewerbesteuer zugunsten der Gemeinden zu verzichten und, wie es beispielweise die preußische Staatsregierung trotz geringerer Wohlfahrtslasten der preußischen Gemeinden unmittelbar nach der Veröffentlichung der Notverordnung bereitstellt, Angriffe gegen das sächsische Staatsministerium zurück. Ministerpräsident Schieck verteidigte die Beamtenpolitik der Regierung, die sich bei der Ernennung von Beamten lediglich von sachlichen Erwägungen leiten lassen.

## Die landwirtschaftliche Entschuldung für Ostjahr

Dem Landtag ist jetzt die Regierungsvorlage über die Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung entsprechend dem Osthilfegesetz in den östlich der Elbe gelegenen Teilen des Freistaates Sachsen zugegangen. Zu diesem Zwecke soll in Dresden eine Landestelle errichtet werden. Die Vorbereitungen für die Errichtung der Landestelle sind im Gange. Die Regierung soll noch vor der Vertragung des Landes erneut erlaubt werden, die im Osthilfegesetz und in der zweiten Durchführungsverordnung vorgesehenen Bürden in dem Umfang, der dem auf das Land entfallenden Anteil an der Entschuldungshilfe entspricht, gemeinsam mit dem Reich vertraglich.

Da das sächsische Osthilfegesetz 2,6 v. H. des gesamten deutschen Osthilfegebietes ausmacht, kommen für Sachsen bei den verfügbaren Mitteln im Höchstfall 276 000 RM. in Frage. Die Vorlage sagt, daß bei der gelesenen Grundlage der Bant für Industrieobligationen die Bürden vorwiegend formale Bedeutung haben, so daß Verluste für die Staatsfinanzen kaum eintreten dürften.

Der Ausschuß fordert pünktliche Belieferung der Arbeiter, der Ingenieure und des technischen Materials mit Industriewaren, sowie Verbesserung der öffentlichen Speiseaunkosten und der Wohnungsverhältnisse. Indem der Kampf gegen öffentliche Schädlingselemente fortgesetzt wird, so schlägt der Ausschuß, müssen die Partei, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen bessere soziale Beziehungen zu den gewissenhaft arbeitenden Ingenieuren und Technikern in die Wege leiten und dem hingebungsvollen arbeitenden Ingenieur und Techniker alleseitige Unterstützung zuteilen werden.

## Norwegische Unterseeboote in Riel.

Riel (Norwegen). Die drei erwarteten norwegischen Unterseeboote ließen heute morgens gegen 10 Uhr durch den Nordkanal zum mehrtägigen Aufenthalt im dichten Hafen ein. Das norwegische Panzerschiff "Tordenskjold", das sich infolge der Stürme in der Nordsee versenkt hatte, wird jetzt im Hafen des Nachmittags eintreffen.

## Kampf um die Landtagsauflösung.

bdz. Die Mittwoch-Sitzung des preußischen Landtages brachte den Höhepunkt des kurzen Tagungsabschnittes vor der Sommerpause. Auf der Tagesordnung stand die Aussprache über die Mitteilung des Staatsministeriums zum Volksschrein am Landtagsauflösung. Die Regierung erklärt, daß sie dem Volksschrein nicht beitrete, weil nicht damit zu rechnen wäre, daß im Volksentscheid verfahren die notwendige Stimmenzahl (über 18 Millionen) erreicht wird. Mit zur Beratung standen Anträge wegen des Verbots der Spartakade sowie ein besonderer kommunalrechtlicher Antrag auf Landtagsauflösung. In Beantwortung einer deutschnationalen Großen Anfrage gegen das Verbot der Übernahme eines Hördienstes vom Breslauer Stadtbetrieb in den Rundfunk erklärte ein Regierungsvertreter, daß das Verbot auf Wollung der Staatsregierung ausgetragen sei, weil der Rundfunk nicht in den Dienst einer Partei gestellt werden dürfe. Wie wenig der Stadtbetrieb geneigt sei, eingingen und verbindend zu wirken, zeigte sein Fernbleiben bei der in Gegenwart des Reichspräsidenten erfolgten Einweihung der preußischen Gedächtniskästen für die Kriegsgefallenen.

Im Laufe der Aussprache kam es zu tumultuarischen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten einerseits und Deutschnationalen und Kommunisten andererseits. Innensenator Seeringer antwortete dem deutschnationalen Sprecher, v. Winterfeldt, daß dessen hauptsächlich auf die Wirtschaftslage gerichteter Angriff eigentlich im Reichstag mit der Parole nach Landtagsauflösung hätte vorgetragen werden müssen. Aber auch die Deutschnationalen hätten in der Reichsregierung die Erfüllungspolitik mitgemacht und würden sie nur fortsetzen können, wenn sie heute wieder in die Regierung kämen. Unter Billigung eines geistigen Kampfes auch der Studenten gegen den Versailler Vertrag betonte Seeringer, daß rondbalternde Studenten, die mit Deutschen zusammenarbeiten, nicht gebürtig werden könnten. Er hob hervor, daß man heute Deutschland nur dienen könne, wenn man das Vertrauen in die Rechtigkeit der deutschen Verhältnisse stärken hoffe. Dies sei aber nicht zu erreichen durch einen mit dem Volksentscheid verbündeten politischen Kampf in einer Zeit, in der ohnehin es jeden Sonntag zu blutigen Ausschreitungen komme. Der Minister verteidigte noch das vom Kommunisten Henscheid kritisierte Verbot der Spartakade. Grundsätzlich sei er für die Genehmigung von Sportveranstaltungen. Die Kommunisten hätten aber ebensoviel wie die Nationalsozialisten bei ihrem Sportfest (das auch verboten wurde) einen Quellsel darüber gelassen, daß es ihnen lediglich auf einen Kampf gegen „das absterbende System“ und nicht auf den Sport ankomme. Das „absterbende System“ sei noch da und werde sich seiner Haut zu wehren wissen. Die Preußensregierung bleibe auf ihrem Platz, weil sie damit in diesen untrüblichen Zeiten dem ganzen Deutschen Volk den allerbesten Dienst leiste.

Aus der verhältnismäßig kurzen Aussprache, in der noch die Abga. Meier-Berlin (Coz.), Dr. Boehm (D. P.), Fischer (Landvolk), Ritschof (Staatspartei), Ledendorff (B. P.), Lindner (Volkspd.) und Scipio (L. Komm.) das Wort nahmen, ergab sich, daß alle Oppositionsparteien für Landtagsauflösung nach wie vor eintreten. Nur haben die Kommunisten ihren besonderen Auflösungs-Antrag gestellt.

Eine kommunistische Antrag, bereits am Donnerstag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der Vorgänge in Fürsorgeanstalten Schenken usw. zu beraten, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Donnerstag Abstimmung über Landtagsauflösung, Siedlungsgesetz usw.

## Englischer Marinebesuch in Hamburg.

tu. Hamburg. Am Mittwoch mittag gegen 13 Uhr traten sechs Offiziere und 60 Männer der gegenwärtig im Kieler Hafen liegenden Kreuzer „Norfolk“ und „Dorsetshire“ zu dem angekündigten Besuch in Hamburg ein. Die Gäste wurden zunächst in der Empfangshalle des Rathauses empfangen und anschließend in den großen Saal geführt, wo Bürgermeister Dr. Peterken im Namen des Hamburgischen Senats die Gäste willkommen hieß. Es führte in seiner Begrüßungsrede u. a. aus: Nun ersten Male seit dem furchtbaren Kriege hat Deutschland und hat Hamburg die Freude, englische Marine bei sich zu Gast zu haben. So dürfen wir in dieser Tatsache wohl ein Unterrand dafür erblicken, daß hüben wie drüben der heile Wille besteht, die Kosten des Krieges zu vergessen. Nachdem Kapitän Steel im Namen der englischen Gäste für ein Willkommen in Hamburg in kurzen Worten gedankt hatte, besichtigten die Engländer das Rathaus. Trotz des schneidenden Regens führten die englischen Gäste dann zum Besuch des Hagenbeck'schen Tiergartens nach Stellingen. Von dort traten sie ihre Rückfahrt nach Kiel in Autozügen an.

## Eisenbahner zur Tributfrage.

tu. Berlin. Der Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner faßte auf einer außerordentlichen Sitzung folgende Entschließung:

Der Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner beschäftigte sich in einer außerordentlichen Sitzung mit dem im „Borodrits“ aufgetauchten Plan, die Reichsbahn vom Hoover-Jahre ausschneiden. Wenn die Reichsbahn so glänzend dastände, wie der „Borodrits“ dies behauptet, dann wäre sie nicht genötigt, Kredite des Reiches und der Privatindustrie in Anspruch zu nehmen, um überhaupt Aufträge ausgeben zu können. Sagt man das erste Halbjahr 1931 im Vergleich zu 30 zugrunde, dann kommt man nach vorsichtiger Berechnung zu einem Einnahmemittel von über einer Milliarde Mark. Diesem Einnahmeausfall kann, da sowohl beim Verkauf wie auch bei den jährlichen Ausgaben bereits in gefährlicher Weise gedroht worden ist, die Ausgabeerpaßnis nicht erfolgen. Die Reichsbahn ist an dem Punkte angelangt, daß sie genau wie das Reich einer Erleichterung bedarf. Das liegt im Interesse unserer Wirtschaft und des Staates. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner verlangt, daß die Reichsbahn im gleichen Verhältnis an den Erleichterungen des Hoover-Jahrs beteiligt wird, wie sie andererseits zu den Befreiungen herangesogen wurde. Nicht nur die deutschen Eisenbahner, sondern das ganze Volk ist daran interessiert, daß das wertvollste Nationaleigentum, das wie kein zweites Unternehmen geeignet ist, der Wirtschaft zu helfen, nicht vernichtet wird.

## Die Not der Gemeinden.

tu. Mannheim. Die Not der Gemeinden hat in den zum Einzugsbereich Winnweiler gehörenden Orten Katastrophenmaßnahmen angenommen. Die Hälfte dieser Gemeinden hat bis jetzt gewungen gegeben, waren zuletzt jeglicher Zahlungsmittel die Zahlungen eingestellt. Weder sind die erforderlichen Mittel für die Unterhaltung der zahlreichen Ausgebürgerten und deren Angehörigen vorhanden, noch konnten den Gemeindebeamten und Arbeitern die fälligen Juli-Besoldungen ausgeschüttet werden. Von Staat und Stadtvorstand erwartet, daß den betroffenen Gemeinden als bald die notwendige Hilfe geleistet wird, um sie vor dem gewöhnlichen Zusammenbruch zu bewahren.

## Reichsfinanzminister Dietrich zur Hoover-Einigung.

bdz. An die Erklärung der Reichsregierung zu der jetzt erfolgten Annahme des Hoover-Planes trugte Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erläuternde Ausführungen vor Vertretern der Presse.

Die Vergrößerung der Unzufriedenheit des Hoover-Planes durch die letzten Verhandlungen, so führt der Minister aus, habe und in einen sehr schwierigen Zustand hineinverkehrt. Sie haben nicht nur für das deutsche Volk große Belastungen gebracht, sondern die Vertrauenskrise noch verschärft und dazu geführt, daß der Reichsbank Geld in einem Maße abgesogen worden ist, wie wir es vorher nie für möglich gehalten hätten. Daraus ist eine gewaltige Schwächung der deutschen Wirtschaft erwachsen und es wird nicht leicht sein, den rechnungsmäßig kaum zu erfassenden Schaden in nächster Zeit wieder aufzuholen.

Untererseits muß man sich dagegen wenden, wenn jetzt in Deutschland wieder alles so schwarz gemacht wird, als ob alles verloren wäre. Wie haben in Deutschland überhaupt die schlechte Gewohnheit, von einem Extrem ins andere zu fallen. In den Jahren 1926 bis 1928 führte übertriebener Optimismus zu einer falschen Einschätzung der Zukunftsentwicklung und jetzt wird das Wiederemporkommen der Wirtschaft durch übertriebenen Pessimismus entwertet. Wenn einer Wirtschaft viele Milliarden entzogen werden, dann zeigen sich natürlich alle französischen Stellen und es können auch Zusammenschriften entstehen, die gefährlich werden können. Darüber darf aber nicht verzerrt werden, daß es ein Beweis der ganz erschrecklichen Lebenskraft und Energie der deutschen Wirtschaft ist, daß die vielen ungeheuren Bluttransfusion überdrückt ausgetragen hat. Man weiß nicht, wieviel Gold der deutschen Wirtschaft nach dem 14. Dezember und noch später verloren gegangen ist, aber die Verluste werden zwischen drei oder vier Milliarden liegen. Das ist fast das doppelte der Reparationsleistungen. Wir haben für diese Vorgänge keinen Vergleichsmaßstab, aber es ist kaum anzunehmen, daß viele andere Länder eine solche Erholung ebenso gut überstanden hätten wie die deutsche Wirtschaft.

Wenn nach den Urteilen unserer schweren Krise geforscht wird, so muß gesagt werden, daß das Grundproblem in der kurzfristigen Verhildung unserer Wirtschaft gelegen hat. Das Reich hat in dieser Beziehung ein gutes Gewissen, denn es hatte beim Ausbruch der Krise keine kurzfristige Verschuldung. Unser 500-Milliarden-Schuld läuft noch 1½ Jahre. Ganz anders war es aber bei den Ländern, den Kommunen und vor allem bei der Privatwirtschaft. Man wird daraus die Lehre ziehen müssen, daß wir nicht wieder zu einem Zustand kommen dürfen, bei dem kurzfristig Kreisse in Milliardenhöhe zurückfordert werden können. Das Reich wird darum hinwirken, daß die öffentlichen Haushalte in dieser Beziehung anders verlaufen. Eine entsprechende Einwirkung wird auch auf die Privatwirtschaft beruhen.

Wie sich schon aus der Regerungsberörderung ergibt, sollen die uns jetzt gewährten Erleichterungen dazu benutzt werden, einen besser verjüngten Geldmarkt zu schaffen und einen Zustand herzustellen, der die öffentlichen Finanzen sichert. Die Mittel sollen also restlos zur

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zur Sicherung der Kostenlage verwendet werden. Davor hat auch die Wirtschaft Vorteil, denn wenn die öffentliche Hand sich aus der schweren Schuld zurückzieht und dadurch der Geldmarkt erleichtert wird, so kann die Wirtschaft wieder das erhalten, was ihr jetzt fehlt, das bewegliche Kapital. Auf diese Weise kann die Wirtschaft wieder in Gang gebracht und die Arbeitslosigkeit verminder werden. Allein können wir das allerdings nicht schaffen, sondern es ist notwendig, daß das Ausland von den Milliarden, die es uns in den vergangenen ½ Jahren abgesogen hat, einen Teil entweder in einer erträglichen Form langfristig zurückzieht oder uns wenigstens im Wege von Kreditlinien gegen weitere Abzüge sichert. Voraussetzung dafür ist, daß das Misstrauen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung aufhört. Das erwarten wir von den Begegnungen in Paris.

Die Einzelheiten der Pariser Lösung liegen noch nicht vor. Wir wissen, daß eine Reihe von Punkten offen geblieben sind, die technische Fragen berühren, aber es sind auch noch sachliche Schwierigkeiten zu bewältigen. An der Erörterung dieser Fragen mit den anderen Staaten wollen wir im Geiste der freundlichen Zusammenarbeit mitwirken. Wir erhoffen davon eine Wiedergeburt des Vertrauens und eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Wir haben die Hoffnung, daß die Verhandlungen nicht im Sinne kleinerer Rechtsabreiche geführt werden, sondern daß sie getragen werden von dem gemeinsamen Willen zur Errreichung eines großen gemeinsamen Ziels im Sinne des Hooverischen Vorschlags, den Hoover selbst dahin erläutert hat, daß die Reichsregierung während des Feierjahrs keinen Pfennig an Reparationen zu zahlen hat. Auch Frankreich hat jetzt diesem Grundziel zugestimmt und es ist die Möglichkeit geschaffen, daß auch die ungeschätzten Unnützen wieder nach Deutschland zurückkommen.

In den nächsten Monaten wird uns ein ganz schwieriger Punkt sehr beschäftigen, die Frage der Sachleistung. In den Verhandlungen ist daran festgehalten worden, daß soweit noch Sachleistungen abgewickelt werden müssen, die nicht zu einer Belastung Deutschlands in diesem Jahre führen dürfen. Ein Teil der Sachleistungen werden dann auch ausgeweitet werden, ohne daß er über Reparationskontrollen hinaus geht. Weiter sind mehrere Milliarden Pf. in der B. I. B. noch nicht ausgenutzt, die für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden können, und dazu kommen noch erhebliche Geldbeträge, die jetzt für bestimmte Zwecke geplant sind. Erst wenn diese drei Gruppen zurückgelegt sind, kommen wir zu dem schwierigeren Punkt. Die Auseinandersetzung darüber werde nicht ganz leicht sein, auch noch innen nicht, weil die Industrie zu einem großen Teil auf diese Sachleistungen angewiesen ist und sich in einer ähnlichen Lage befindet, wenn diese Dinge anders abgehandelt werden müssen. Bissher hat die Industrie sich allerdings sehr verständig zu diesen Dingen gemacht. Wir kommen nur durch, wenn wir unterstreichen an dem Hooverischen Standpunkt festhalten, daß in diesem Jahre eine direkte Belastung Deutschlands aus den Zahlungen aufgrund des Young-Planes nicht erwachsen darf.

## Die Sachverständigenkonferenz in London.

London. Zu der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz in London berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“: Bis in die späten Abendstunden des gestrigen Tages war es in britischen amtlichen Kreisen noch nicht bekannt, ob auch die kleineren alliierten Mächte, sowie Österreich, Ungarn und Bulgarien zu dieser Konferenz eingeladen werden sollten. Frankreich ist, wie verlautet, für eine Teilnahme seiner östlichen Verbündeten. Belgien gehört naturngemäß in dieser Frage zu den alliierten Hauptmächten.

Die französischen Minister beabsichtigen nicht, so schreibt der diplomatische Korrespondent weiter, während des ersten Teiles der Konferenz nach London zu kommen, und es ist auch nicht anzunehmen, daß sie später dazu geneigt sein werden. Der Grund ist, daß man in Paris erachtet, ihre Anwesenheit in London könnte anderen Mächten die Gelegenheit geben, das Größterungsgebiet auszudehnen und die ganze Frage des künftigen Funktionierens des Young-Planes zu erörtern.

## Rundfunkansprache des Unterstaatssekretärs Castle.

Washington. Unterstaatssekretär Castle fand gestern abend in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk, die gegenseitige Verhildung der Regierungen sei nur ein Hindernis für die Wohlfahrt, noch schädlicher seien die unproduktiven Ausgaben für die Rüstungen. Castle fuhr fort: Wir erhoffen von der zeitweiligen Verkürzung von den zwischenstaatlichen Schuldenabnahmen, daß unter den Nationen eine so gute Stimmung und ein solches Gefühl sozialer Verantwortlichkeit entsteht, daß alle zur Abwärtungskonferenz geben mit dem festen Willen, ihr zum Erfolg zu verhelfen. Der Präsident allein kann den wirtschaftlichen Aufbau nicht ausführen; dies ist Aufgabe aller Angehörigen aller Nationen. Es gibt in Europa viele Probleme, die noch durchgearbeitet werden müssen, und sie können nur gelöst werden, wenn sie in konstruktivem und mutigem Geist in Umgang genommen werden. Wir müssen heute also nach Sparsamkeit in allen staatlichen Behörden reden, da wir im nächsten Jahre das Problem der infolge der Rüstungen entstandenen Verhildung in Angiff nehmen müssen. Der Vorschlag des Präsidenten hat die Worte geschafft für eine Rückkehr der Wohlfahrt, die jeden Bürger und jedes Bank berührt. Es ist unsere Aufgabe, diese Worte offen zu halten, damit den Bürgern der Nation Verstärkung zuteile wird, damit die Zunahme des Handels bei einer Sicherung der Bedingungen im Auslande folge und damit alle Arbeitslosen Beschäftigung finden. Die jungen an, zu arbeiten, das unleser Wohlfahrt von der Wohlfahrt unserer Nachbarn und nicht von ihrem Elend abhängt. Bei den verwinkelten Beziehungen zwischen den Nationen von heute muß der wirtschaftliche Zusammenhang der einen weitreichende Folgen für alle anderen haben. Der Unterstaatssekretär wiederholte dann in seiner Rundfunkansprache nochmals, daß der Präsident nicht beabsichtige, eine dauernde Revision der Schulden zu erwägen. Jede Andeutung einer solchen Maßnahme würde zweifellos den härtesten Widerstand im Kongress hervorrufen und könnte den ganzen Votationsplan zu Grunde richten.

## Vor dem Ende des Scheuen-Prozesses.

bdz. Die Lüneburger Verhandlungen wegen der Abhandlung von Fürsorgebürglingen in Scheuen sollen in der nächsten Woche endlich ihren Abschluß finden. Bis Ende dieser Woche sind noch einige Sachverständige zu vereinnehmen. Bereits am Montag der kommenden Woche durfte der Staatsanwalt sein Wäßger halten. Das Urteil wird für Donnerstag oder Freitag erwartet.

## Gegen politische Bedingungen für Deutschland.

London. (Kunstpunkt) Der Pariser Korrespondent des Manchester Guardian versucht die englischen Einwendungen gegen die französischen Abänderungsvorschläge, die in Frankreich großes Unbehagen ausgelöst haben, zu zerstreuen. Er betont, daß sie keinerlei Verlust für England bedeuten und schließt mit der Warnung: Sogar Frankreich entrichtete finanzielle Bindungen würde seine Haltung in politischen Angelegenheiten verstetzen. Selbst das Hooverabkommen hatte bereits diese Wirkung. Es besteht gegenwärtig das auch von Blättern, die sich für die französisch-deutsche Zusammenarbeit einsetzen, verbreitete Verlangen, Frankreich möge Deutschland weitere finanzielle Hilfe durch die Bank von Frankreich anbieten und daran gewisse politische Bindungen knüpfen. In einem solchen Falle, sagt der Korrespondent, hätten wir guten Grund, uns Frankreich zu widerlehnen. Der vorgeschlagene Erfolg für den Garantiefonds würde ein sehr schlechter sein.

## Der Hochschulbesuch der Beamten.

Der Reichsfinanzminister hat nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz folgendes bestimmt: 1. Der Ausschluß, daß es den Beamten und Beamtenanwärtern (Beamten im Grade- und Vorbereitungsdienst) unbenommen ist, einzelne Vorlesungen an Hochschulen als Audítor oder Gehörer zu besuchen, stimme ich unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinräumigung der dienstlichen Interessen durch den Gehalt der Vorlesungen nicht eintritt.

2. Macht die Hochschulbehörde die Immatrikulation eines Beamten für ein Vollstudium von der Genehmigung seiner vorgesetzten Dienstbehörde abhängig, so ist diese Genehmigung den Beamten, die sich im Grade- oder Vorbereitungsdienst befinden, regelmäßig zu versagen. Ansonder Beamten auf Urlaub oder Dienstbefreiung zur Durchführung eines Vollstudiums sind regelmäßig abzulehnen.

3. Ob einem planmäßigen oder außerplanmäßigen Beamten die Genehmigung zu 2. oder Urlaub oder Dienstbefreiung zu dem in 2. angegebenen Zweck erteilt werden kann, hängt von der Lage des Einzelfalles ab. Ich erfuhr, in solchen Fällen zu berichten und meine Entscheidung einzuhalten.

4. Soweit der Beamte über Beamtenanwärter ein Vollstudium ohne meine Genehmigung begonnen haben, erfuhr ich zu berichten.

## Bewaffnung der militärischen Kraftwagenführer.

bdz. Ein Nebenfall, der höchstig auf den Führer eines Reichswehrkraftwagens im Grünewald verübt wurde, hat dem Reichswehrministerium Anlaß zu der Verjährung gegeben, daß in Zukunft die Führer solcher militärischer Kraftwagen eine Schußwaffe bei sich zu tragen haben.

## Die dänischen Oceanlieger auf der Rückfahrt nach Amerika.

Hamburg. Die dänischen Oceanlieger Höjelid und Ollie werden heute vormittag von Kopenhagen kommend, hier eintreffen. Von hier werden sie nach Bremen weiterfahren, um sich noch heute abend an Bord des Kreuzers Bremen zu begeben und die Rückfahrt nach New York anzutreten. Das Flugzeug der Flieger wird gegenwärtig in Kopenhagen abmontiert und soll mit einem Frachtdampfer nach New York nachgefahren werden.

## Unterstützungen überall.

\* Dresden. Wie zu dem am Dienstag abend über der Umgebung Dresden niedergegangenen Unwetter noch bekannt wird, ist auch in der Gegend Röhrnig-Pößendorf-Dippoldiswalde durch Hagel schwerer Schaden angerichtet worden. Die Erde ist zum Teil völlig vernichtet. Zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert und Dachdecken beschädigt. Schwere Ernteschäden durch Hagelschlag sind ferner in Rabenau, Holzhausen, Rippchen, Bödönisch-Frieddorf, Kleinsaasdorf, Oelsa, Börnschen und Seifersdorff entstanden. In Oberwitzsch wurde auf dem Felde zwei Pferde des Landwirts Hofmann vom Blitz getroffen und gefilzt. In Saasdorf bei Dippoldiswalde wurde das Anwesen des Wirtschaftsbetreibers Mende durch Blitzschlag eingeschlägt. Bei dem Unwetter am Dienstag abend trat auch der Kochwitzbach über die Ufer und überschwemmte die Kanalschächte des dort gegenwärtig in Bau befindlichen Abspannkanales.

\* Hohenau. Das Unwetter am Abend des 7. Juli hat auch über der hiesigen Gegend schwer gehauft. Auf den Feldern und in den Gärten steht es trocken aus. Auch Dohna wurde schwer heimgesucht. Im Burkhardtswalde schlug der Blitz in die obere Schmiede und sündete. Durch sofortiges Eingreifen konnte der Brand gelöscht werden.

Chemnitz. Auf der Staatsstraße Eppendorf-Großwarsdorf wurde der Klempner Seifert, der unter einem Baum vor dem Unwetter Schutz gesucht hatte, vom Blitz erschlagen; er hinterließ Frau und vier Kinder.

Löbau. Bei dem schweren Gewitter, das über Löbau und Umgegend niederging, ereigneten sich mehrere Brände; glücklicherweise nicht in solch großer Zahl, wie sie gerüchteweise verbreitet wurden. Löbau blieb von Schaden verschont, dagegen ereignete sich in Herwigsdorf das schwerste Unglück. Ein zündender Blitz schlug in das Friedlersche Grundstück ein, das aus Wohnhaus, Stall und Scheune besteht und eingehüllt wurde. In mühevoller sechsstündiger Löscharbeit, an der auch Wehren aus der Umgegend beteiligt waren, konnte der Brand gelöscht und das Vieh gerettet werden. Neuerst ungünstig wirkte sich der Wassermangel aus, so daß die Löbauer Feuerwehr vom Dorfbach bis zur Brandstätte eine 1500 Meter lange Schlauchleitung legen mußte. Ein weniger schwerer Brand brach in Großheidenreich aus, schlug und die darin aufgespeicherten Strohvorräte vernichtete. Auch hier stand die Feuerwehr dem Brände machtlos gegenüber, da kein Wasser vorhanden war, und das Feuer vier Stunden ungestört wüten konnte.

Bauken. Auch die Umgegend von Bauken, vor allem die Gemeinden Storchau, Crostwitz und Rückwitz, haben durch Hagelschlag schweren Schaden erlitten. In Rückwitz brannte die Scheune des Gutsbesitzers Mauritz durch Blitzschlag niederr, ebenso in Pielenz die Rittergutscheune mit den gesamten Vorräten.

Greiz. Auch der Stadt- und Landkreis Greiz wurden von einem Unwetter heimgesucht. Am schwersten betroffen wurde Fraureuth. Durch einen wolkenbruchartigen Regen, der den Ortsbach und die Gemeindeleite zum Überlaufen brachte, ist ein Teil der Gemeinde unter Wasser gelegt. Die Feuerwehr hatte Stundenlang zu tun. In Greiz schlug der Blitz verschiedentlich in Häuser ein, ohne zu zünden. In einer Schrebergartenanlage wurde eine Fahnentstange durch einen Blitzaufschlag getroffen; ein vorübergehendes Mädchen erlitt schwere Brandwunden.

Ash. Über Ash ging ein wolkenbruchartiger Regen nieder, der mehrere Stunden andauerte und durch den die Straßen unter Wasser gesetzt und in reißende Sturzbäche verwandelt wurden.

## Die Rettungsarbeiten im Katastrophengebiet

Schwarzenberg. Die am Dienstagnachmittag aufgenommenen Aufräumungsarbeiten im Schwarzwassertal sind durch neue Überraschungen infolge anhaltender Regenfälle erheblich erschwert. Einschließlich der Technischen Nothilfe aus Dresden, Chemnitz und Zwickau sind etwa 500 Personen an den Arbeiten beschäftigt. In erster Linie werden die verstopften Brüden freiemacht. Nach den letzten Feststellungen dürfte es Monate dauern, ehe in dem betroffenen Gebiet wieder Ordnung geschaffen und die zerstörten Baulichkeiten erneut sind. Etwa 30 Kilometer Staatsstraßen sind wiederherzustellen und etwa 18 Kilometer der Eisenbahnlinie Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt. Der Zugverkehr auf dieser Strecke, der nach etwa drei Wochen wieder aufgenommen werden dürfte, wird bis dahin durch Autobusse der Reichsbahn erleichtert.

Über die Höhe des Schadens gehen die Meinungen auseinander. Während man annimmt, daß die ursprüngliche Schätzung von fünfzehn Millionen Reichsmark zu hoch gelegen sei, wird andererseits erklärt, daß sich die Schadensziffer auf zwanzig Millionen Reichsmark erhöhen dürfte. Die Schäden der Bewohner werden amtlich ermittelt und dann der Staatsregierung zusammengeführt unterbreitet werden. Die betroffenen Gemeinden wollen vor allem verlangen, daß das Fluhbett des Schwarzwassers niedriger gelegt wird.

## Die notgeladenen Flieger noch nicht frei.

Hanau. Infolge der politischen Zwistigkeiten können die Rettungsböarden nichts tun, um die Freilassung der beiden notgeladenen deutschen Flieger und die Rückgabe des Flugzeuges zu erreichen.

## Amtliches

Freitag, den 10. Juli 1931, nachmittags 1 Uhr, sollen in Zeithain-Vogel, Café Hinke, 1 Schrank-Grammophon, 1 Standuhr, 1 Kredenz, 1 Staubsauger und 1 Flurgarderobe versteigert werden.

Riesa, am 9. Juli 1931.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Feldgrundstück am Krankenhaus Riesa (Flurstück Nr. 757 des Flurbuchs für Riesa) 2530 qm groß ist ab 1. Oktober 1931 anderweit zu verpachten. Angebote bis 1. August 1931 erbeten.

Der Rat der Stadt Riesa - Grundstücksamt - am 8. Juli 1931.

An die am 10. bis 12. Juli 1931 der Gewerbetreibenden, sowie an die Umlageträger-Vorauszahlungen für das 2. Quartal 1931 sämtlicher Umlagsteuerpflichtigen, und an die am 15. Juni ds. Jrs. bereits fällig ge-

## Anzeigen

### Mr die Sonnabend-Ausgabe des

### Riesaer Tageblattes

mit Anklängungen für Sonntag oder Montag  
wolle man sofort abgeben lassen.  
Anzeigennahme und unentbehrliche Hilfe bei  
Antragstellung von Anzeigen täglich von früh  
8 Uhr ab

### Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes

Fernruf Nr. 20.

### Wasserstände

	8. 7. 31	9. 7. 31
Moldau:		
Morava	+ 41	+ 26
Eger:	+ 14	- 14
Elbe:	+ 2	- 4
Rumburg	- 0	- 0
Brandenburg	+ 16	- 5
Mühlitz	+ 82	+ 59
Leitzmeritz	+ 80	+ 81
Wussig	+ 45	+ 55
Dresden	- 84	- 74
Nisa	- 0	- 24

### Elbbad Riesa: Wasserwärme 22° C.

### Bericht über den Schlachtviehmarkt am 9. Juli 1931 zu Dresden.

Schlachtviehgattung und Wertklassen	Gebar.	Stück	Gewicht
Minder: A. Ochsen (Aufftrieb 16 Stück):			
1. Vollf., ausgemästete, höchste Schlachtw.	1. junge		
2. sonstige vollfleischige	2. ältere		
3. fleischige	1. junge		
4. Gering genährt	2. ältere		
B. Bullen (Aufftrieb 121 Stück):			
1. jüngere, vollfleischige, höchste Schlachtw.			
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete			
3. fleischige			
4. gering genährt			
C. Rinder (Aufftrieb 72 Stück):			
1. jüngere, vollfleischige, höchste Schlachtw.			
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete			
3. fleischige			
4. gering genährt			
D. Röhre (Salbinnen) (Aufftrieb — Stück):			
1. vollfleisch., ausgemästete höchste Schlachtw.			
2. sonstige vollfleischige			
E. Rinder (Aufftrieb — Stück):			
mäßig genährt Jungvieh			
F. Rinder (Aufftrieb 806 Stück):			
1. Doppellender bester Mast			
2. beste Mast- und Saugfälber	50-57	87	
3. mittlere Mast- und Saugfälber	45-48	78	
4. geringe Rälber	38-44	75	
5. geringste Rälber			
G. Schafe (Aufftrieb 97 Stück):			
1. beste Wolllämmer und jüngere Wollhammel:			
1. Wollhammel			
2. Stallhammel			
3. mittlere Wolllämmer, ältere Wollhammel und zugetriebene Schafe			
4. fleischiges Schafvieh			
4. geringgenährt Schafe und Lämmer			
H. Schweine (Aufftrieb 409 Stück):			
1. FettSchweine über 300 Pf.	43-45	55	
2. vollfleidige Schweine von 240-300 Pf.	44-45	57	
3. vollfleidige Schweine von 200-240 Pf.	45	60	
4. vollfleidige Schweine von 160-200 Pf.	42-44	60	
5. vollfleidige Schweine von 120-160 Pf.	40-41	58	
6. fleischige Schweine unter 120 Pf.			
7. Sauen			

Gefäßgang: Rälber schlecht, Schweine langsam.

Überstand: 80 Rinder (davon 12 Ochsen, 9 Bullen, 66 Rälber), außerdem 7 Rälber und 14 Schweine.

### Handel und Börsenwirtschaft.

An der Berliner Börse war die Tendenz im Gegensatz zu gestrigen freundlichen und festen Stimmung ziemlich schwach. Die Aktion der 1000 deutschen Großunternehmer und ziemlich freundliche Aufnahme. Renten lagen etwas schwächer. Rheinische Braunkohlen gingen um 5 Prozent zurück. Salzdorf verlor 11, Siemens 10 Prozent. Zugeschöpft 8-10, Monatsgeld 7,75-8,5, Privatdiplomat um 7 Prozent.

welene Gewerbesteuert wird erinnert. Zahlungen möglichst durch Banküberweisungen zu erfolgen. Für Postabholungen liegen Bahnsachen vor. Zuordnungen zu vermeiden, müssen bei Überweisungen und Postabholungen die Steuerart, das Steuerjahr und die Steuernummer genau angegeben werden. Falls bis 17. Juli 1931 Zahlung nicht erfolgt ist, werden die Rückstände nebst Verzugssätzen vom Fälligkeitstage ab, soweit es sich um Beträge bis einschl. 1000 Pf. handelt, von den Schuldnern auf deren Kosten durch Postnachnahme eingezogen.

Eine weitere Mahnung, insbesondere Einschaltung, erfolgt nicht mehr.

Riesa, am 9. Juli 1931. Das Finanzamt.

Um 12. 7. 1931, nachdem 1/2 Uhr, werden in Lichtensee Nr. 28 B, Post Riesa-Band, etwa 10 Std. leere Weinflaschen a. 1200 l Inhalt, gebraucht, noch gut erhalten, 20 Stk. leerer a. 1000 l Inhalt, letztere als Wasserflaschen gut geeignet, nach dem Höchstgebot gegen Barzahlung versteigert.

Lichtensee, am 8. 7. 1931. Der Gemeinderat.

Dresdner Börse vom 8. Juli. Nach die Übernahme einer ausländischen Großbank brachte dem Geschäft keine Unruhe. Berliner Kind verloren 10, Radeberger und Dortmunder je 5, Schöfferhof 4, Wiesbaden 3 Prozent. Dresden Album und Dr. Kurz je minus 10 Prozent, deren Gemüseminus 3 RBL. Wunderlich minus 2,75, Polyanthus minus 2, Schubert & Salzer minus 4 Prozent. Mimosa plus 2,75 Prozent. Anlagewerte verkehren kaum verändert.

Leipziger Börse vom 8. Juli. Der Kaffemarkt zeigte sich entgegen der Erwartungen verstimmt mit schwächeren Kurzen. Nordwolle verloren mit 2,25 noch 5 Prozent. Böhme Schokolade verloren 5 Prozent, Reichsban 4, Blaueyer Juster und Mechanische Weberei Tittow je 3 Prozent. Nur Sachsenwerk und Steinberg Coburg je plus 3 Prozent. Anlagewerte ruhig.

Chemnitzer Produktenbörse vom 8. Juli. Weizen inkl. 75 kg 255-265; Roggen Körn. 72 kg 210-215; Sandroggen 71 kg 216-221; Wintergerste neu 165-170; Hafer 185-190; Weizenmehl 70 Prozent 45; Roggenmehl 80 Prozent 34,50; Weizenkleie 12,25; Roggenkleie 12; Weizenkleie vol. neu 8,50; Getreidekorb drohtes preist 8,25.

### Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Gebiete und Delikaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	8. Juli	9. Juli
Weizen, märkischer	251,00-252,00	249,00-250,00
per März	—	—
per Juli	280,00	258,00-258,50
per September	227,00-228,50	228,50-232,00
per Oktober	228,00-229,00	230,00-232,50
Roggen, märkischer	Tendenz:	rühig - fest
per März	fest	fest
per Juli	187,00-192,00	187,00-192,00
per September	fest	fest
per Oktober	fest	fest
Woggen, märkischer	Tendenz:	rühig
per März	—	—
per Juli	187,00-188,00	187,00-188,50
per September	181,50-182,50	181,00-181,25
per Oktober	181,00-182,50	182,00
Gerste, Brauergeste	Tendenz:	fest
Futter- und Industriegeste	—	—
Wintergerste, neue	154-162	154,00-162,00
Hafer, märkischer	Tendenz:	festig
bo. neu	153,00-159,00	156,00-162,00
per März	—	—
per Juli	161,00-169,00	169,50-174,00
per September	148,00-149,50	149

# Bissenswertes für Landbürgermeister aus der neuen Reichsnotverordnung.

Vortrag von Amtshauptmann Hettich-Grobenhain

gehalten auf dem

Amtstags der Amtshauptmannschaft Grobenhain am 7. Juli 1931 in Grobenhain).

Nach einer kurzen, leicht verständlichen Erklärung über den besonderen rechtlichen und verfassungsmäßigen Charakter der Notverordnung gegenüber einer normalen Verwaltungsverordnung führte der Herr Amtshauptmann zu dem für die Bürgermeister so wichtigen Thema folgendes aus:

Das 85 Seiten umfassende neue Gesetzeswerk der 2. Reichsnotverordnung vom 5. Juni 1931 besteht aus 7 Hauptteilen, von denen der 1. die Änderungen der 1. Verordnung des Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1930 behandelt. Der 2. Teil trifft die Bestimmungen, die zur Sicherung des Haushaltssatzes des Reiches, der Länder, Gemeinden und Bezirkverbände als notwendig erachtet wurden. Im 3. Teil ist die Arbeitslosenhilfe neu geregelt. Der 4. Teil behandelt die Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Im 5. Teil ist das große Gebiet der Sozialversicherung und öffentlichen Fürsorge einschließlich und radikal geändert worden. Der 6. Teil beschäftigt sich mit einer Neuregelung der öffentlichen Wohnungswirtschaft. Und der siebte und 7. Teil trifft schwer und tief in das Wirtschaftsleben einschneidende Bestimmungen über die Handels- und Wirtschaftspolitik. Schön allein aus dieser kurzen Inhaltssynthese, die ich jetzt vorgetragen habe, ergibt sich die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Notverordnung. Man kann sagen, daß sie auf dem Gebiete des öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechts eine radikale Umwälzung bedeutet, die nicht davor zurücksteht, entscheidend in die private Rechts- und Wirtschaftspolitik eines jeden einzelnen Bürgers einzutreten. Aus der Rückichtlosigkeit, mit der die Notverordnung das tut, ist zu erkennen, wie notwendig sie gewesen sein muß. Wie Ihr Name sagt, ist sie als schwerster Not geboren und offensichtlich stand die Reichsregierung vor der Wahl, entweder die Schicksale vieler einzelner überblicktigt zu lassen oder Volk und Staat an den Rand schwerster Gefahr zu bringen. Diese Notverordnung bringt so tiefgreifende Änderungen des Gesetzes und der Rechtsstellung der Bürger, wie sie unter normalen Verhältnissen nur die Entwicklung von Jahrzehnten hätte vollbringen können. Deutlich war das das Werk eines Machtwurts. In amtlicher Konferenz, wo wir als Behörden des Staates und der Gemeinden beieinander saßen, geht uns die politische Seite der ganzen Frage auch nicht das allerleichteste an. Wir haben entsprechend unseres Pflichtgeschäfts, unseres Treueides und der Befreiung, denen wir unterworfen sind, diese Verordnung so, wie sie ist. Bis zur letzten Konsequenz durchzuführen. Die Arbeit ist schwer genug, und sicherlich war es immer noch leichter, die Notverordnung abzuschaffen, als sie nur in lebendige Wirklichkeit umzusetzen und diese schwere Arbeit liegt uns als untere Verwaltungsbehörden ob. Ich schicke meinen eignlichen materiellen Ausführungen voran, daß ich aus diesem ungeheuerlichen inhaltsschweren Gesetzeswerk nur das Wenige hervorhebe, was Sie als Gemeindeleiter und

Landbürgermeister unbedingt wissen müssen. Ich werde es gründlich und mit Absicht vermelden. Sie in meinen Darlegungen mit etwas zu beschweren, was für Sie zu wissen nicht unbedingt Motivwendigkeit ist, denn es kommt mit auf diesem Amtstage mit meinem Vortrage nur daran, Sie pflichtgemäß zu unterweisen. Ihnen bei Ihrem schweren Amt zu helfen und Sie in den Stand zu setzen, das Wissen zu beherzeln, das Ihnen heute als Late und Landwirt in Ihrem Bürgermeisteramt zugemessen wird. Es ist viel, was von Ihnen verlangt wird, aber das einzelne Muß steht für Sie dahinter und Sie müssen es schaffen, genau so gut wie wir.

Nun zum Inhalt der Verordnung: Soweit die 2. Notverordnung Änderungen der 1. vom Dezember 1930 bedeutet, kommt zunächst die Grundsteuer in Frage. Es ist von jetzt ab den Ländern möglich gemacht, daß sie über die bisherigen Feststellungen von Grundsteuer noch weitere Steuergegenstände von der Grundsteuer des Landes und der Gemeinden freifallen. Allerdings kann der Reichsfinanzminister gegen solche weiterreichende Landesbestimmungen Einspruch einlegen. Soweit die Gewerbesteuer in Frage kommt, können die Länder künftig die Freistellung weiterer Steuergegenstände von der Steuer des Landes und seiner Gemeinden vorschreiben. Auch hier hat der Reichsfinanzminister ein Einspruchrecht. Ferner kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates andere Steuermaßnahmen beschließen, als sie in der 1. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vorgesehen waren. Anwinkel das Land Sachsen von diesen neuen Veranlagungen Gebrauch machen wird, steht noch dahin. Vorläufig bleibt es in Sachsen hinsichtlich der Grund- und Gewerbesteuer bei dem bisherigen Zustand.

Eine nicht unwichtige Änderung ist über die Bestimmungen der Bürgersteuer getroffen worden. Die Bürgersteuer wird bestimmt nach bestimmten Einkommensabschaffeln erhoben. Nach der bisherigen Bestimmung gilt bei der Berechnung der Bürgersteuer als Einkommen im Sinne des Einkommenssteuergesetzes dasjenige für den Steuerabgang, der dem in das Rechnungsjahr fallenden 1. Juli unmittelbar vorangeht. Jetzt lautet die Bestimmung folgendermaßen:

Als Einkommen gilt das Einkommen im Sinne des Einkommenssteuergesetzes für den Steuerabschnitt, dessen Ende mindestens ein Vierteljahr vor Beginn des Rechnungsjahres liegt." Die Bestimmung bedeutet, daß der Jahresabschnitt, dessen Einkommen der Bürgersteuer zugrunde gelegt wird, wesentlich verschoben werden darf. Für das Jahr 1931 war das bisher das Einkommen vom 1. Juli 1930 bis zum 30. Juni 1931. Jetzt ist es das Einkommen vom 1. Januar 1930 bis zum 31. Dezember 1930. Das bedeutet, daß der Veranlagungsbereich praktisch vorverlegt worden ist, also in einer Zeit, in der viele Einkommen noch höher waren als später

oder richtiger ausgedrückt, es bedeutet praktisch eine Erhöhung der Bürgersteuer.

Die befangen interessierende, ja direkt katastrophale Finanz- und Kostenlage von Reich, Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden macht es notwendig, mit den schweren Mitteln einmal sie alle zur größten Sparsamkeit durch die Macht des Gesetzes an zu zwingen und sie außerdem ungeachtet jedes aus politischen Motiven entstehenden Widerstandes in den Stand zu setzen, im Bedarfs- und Notfalle alle ihnen vom Reich noch belassenen leichten Steuerquellen restlos zu erschöpfen. Man könnte hier verlust sein, zu sagen, daß auf dem Gebiete der Sparsamkeit, soweit die Gemeinden und Bezirkverbände in Frage kommen, schon immer das denkbar Mögliche getan worden sei. Für die Land- und besonders Kleingemeinden können wir das Recht für uns in Anspruch nehmen, daß dies auch wirklich schon geschehen ist. In den meisten Landgemeinden ist ja bei weitem noch lange nicht das gelan, was das bisherige Gesetz schon als unumgänglich notwendig verlangt. Entweder aus Mangel an Mitteln oder freiwillig verzichten die Landgebiete selbst auf die Rechte und Annehmlichkeiten, die ihnen das Gesetz vor sieht und üben damit bereits eine fast strafliche Sparsamkeit, die man aber gemessen an den in der Gegenwart eingetretenen Umständen und Verhältnissen nicht mehr straflich, sondern vorzüglich und vorbildlich nennen kann, und so wie in den ländlichen und Kleingemeinden war es auch in den ländlichen Bezirkverbänden. So sehr man auch der weit überreichenenden Zahl der Städte und industrieller Bezirkverbände dasselbe höhere Benennung ausstellen kann, so soll doch der Sachlichkeit halber nicht verschwiegen werden, daß in manchem Ort trotz der Trostlosigkeit von Wirtschaft und Finanzen manches getan worden ist, was zwar durchaus gut und nützlich war, aber ohne nennenswerten Schaden für die Allgemeinheit lebt und noch hätte um eine Reihe von Jahren, d. h. bis zum Neuauftauch einer besseren Zeit, verloren werden können. Unter diesen Wirkungen haben nun leider die Kleingemeinden mit zu leiden, denn sie werden mit gleicher Strenge von den ehemals Haushaltsvorschriften der 2. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten betroffen. Aber wiederum um der Sachlichkeit willen muß auch festgestellt werden, daß in einer Unzahl von Gemeinden Bürgersteuer und politische Einsicht ausreichen, um zu erkennen, daß man durch eine hinreichende Auslöschung der zur Verfügung stehenden Steuerquellen dem Lande und der Gemeinde die Daseinsmöglichkeit erhalten muß. Auch in einer Unzahl von kleinen Land- und bäuerlichen Gemeinden ist das mit einer Einsicht geschehen, die vor verdient und ein herrliches Zeugnis hausbürgerlichen und gemeindlichen Pflichtbewußtseins darstellt. Auf der anderen Seite freilich gab es Gemeinden, wo diese Einsicht leider völlig oder erheblich fehlte. Darin liegt der Grund, daß auch gerade auf diesem Gebiete die 2. Notverordnung mit so un-



## Wenn du eine Schwiegermutter...

HUMORISTISCHER ROMAN  
VON THEOPHIL

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

4. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Hät er, hat er! Über die blöde Oma, die mit die halbe Stadt sich abliest, die mußte er längst rausgeschmeißen! Hatte es nicht jemerk, die ganze Weberei war durch das Frauenzimmer verboten worden. Die hat bei der Arbeit jerocht! Und wenn er ihr mal nich paßte, da is sie nich gekommen. Hat aber immer ihr Held gekriegt.“

„Ich habe nie verstanden, bet er an dem Mädel so einen Narren freßt! Was macht er denn nu?“

„In seine Schlosserei ist er. Bet is doch een stattliches Unternehmen, was mal dem alten Meinhold ein Vermögen gebracht hat.“

„Übel ist die Frau Laibacher aber nicht!“

„Det is nich so schlimm! Der Meister Sparke hält sie zusammen. Bios kleiner is sie geworden, weil sich der Georg nich mehr um die Uffträde gekümmt hat. Ehregeiz is er ja, ich dente, det er jetzt einmal alles einlegen wird, um bei Alten zu zeigen, was eine Harfe is!“

„Übel ist die Frau Laibacher aber nicht!“

„Die, ne, allens was recht ist! Biel ruhiger, annehmbar ist es jetzt in Betrieb. Sie is nich streng, aber Ordnung volangt lie, un die muß ja doch sin, sonst lägen wir beide uss die Straße. So eine Fabrik, da hängt allerhand dran, do muß viel Raster badient werden, wenn alles gehen soll, wie's soll!“

Der Prokurist hatte aus einigen Worten der Frau Laibacher entnommen, daß sich Helmut Stoize über seine Korrespondenz lustig gemacht hatte.

Wulzenbrann stellte er ihn zur Rede.

Baldwin fiel vor Schreck bald hintenüber, als der allgewaltige Prokurist anklische und Stoize den Text las.

Zu seinem Erstaunen aber sah er, daß es dem gar nicht imponierte. Stoize hörte sich ruhig den Wortschwall an und verbat sich dann energisch, daß man ihn bei der Chefin verpehe.

„Ich habe das beste Wörterbuch!“ schloß Herr Hartling seine schwungvolle Rede.

„Herr Prokurist,“ nahm Stoize ruhig das Wort, „ich habe in der Korrespondenz gelesen, ohne zu wissen, wer dafür verantwortlich vor mir zeichnete, und da mußte ich lachen, und dann kam Frau Caroline Laibacher dazu und fragte, und ich lagte, ich lache über das Kauderwelsch.“

„Leber das Kauderwelsch... Herr, Herr, ich verbittet mir!“

„Ja, es tut mir leid, aber es ist so, Herr Prokurist, soll ich Ihnen mal ein paar Ihrer Briefe überreichen! Sie lachen selber. Ich möchte Sie nicht kränken, aber korrespondieren Sie nicht mehr in Französisch und Spanisch. Das English ist

noch einigermassen erträglich, aber das andere ist katastrophal.“

„Wie können Sie das lagen, ein junger Mensch wie Sie!“

„Das Alter tut's beim Können nicht, Herr Prokurist. Ich beherrsche die Sprachen und Sie nicht... das ist das Ganze. Daraus ist nichts zu ändern.“

„Das ist eine Unverschämtheit!“

„Es liegt mir ganz fern, Sie zu beleidigen, Herr Prokurist, aber man kann doch aus Schwarz nicht weiß machen. Sie haben andere Kenntnisse und Qualitäten, die mir sicher vollkommen abgehen. Deswegen halte ich Sie für einen ausgezeichneten Fachmann, denn sonst würden Sie nicht Prokurist eines so großen Betriebes sein.“

Diese ruhigen Worte verlöschen etwas.

„Na ja, mögen Sie es besser können! Ich will das ja möglich sein lassen. Aber Sie können mir doch nicht alle Tignung zum Korrespondieren absprechen.“

„Im Französischen und Spanischen bestimmt, Herr Prokurist, wir sind doch Männer, die gut zusammenkriegen wollen. Ich bin friedlich und werde mich Ihnen anpassen. Aber Korrespondieren ist eine ganz besondere Sache. Bei den romanischen Wörtern kann man es erst, wenn man den romanischen Volkcharakter kennt. Der Spanier, der Franzose sogar, der faust unter Umständen einmal, wenn er richtig genommen wird, der Engländer ist anders: Ware — Qualität — billigster Preis, weiter nichts.“

„Werden Sie in Frankreich und Spanien?“

„Allerding, sogar in Südamerika. Sie haben doch sicher einen Interesse, daß wir unseren überseelichen Markt ausbauen. Da sind noch reichlich Möglichkeiten vorhanden, speziell für die Weberei. Sie wissen, daß wir über einen ganz ausgezeichneten Färbermeister verfügen.“

„Stimme, stimme!“

„Wenn Sie Interesse haben, können wir uns einmal über den südamerikanischen Markt und was er sucht und braucht unterhalten. Frau Laibacher wird es bestimmt nicht übervermekken, wenn Sie spürt, daß Ihr Prokurist vorwärts dreisetzt.“

„Gewiß, gewiß... na, gut... also, wir wollen uns vertragen, Herr Stoize... ich werde das Korrespondieren Ihnen überlassen.“

Damit rauschte er — dreiviertel versöhnt — hinaus.

Stoize sah Schule mit weitaußgespreiztem Mund dazugehen.

„Warum reichen Sie den Mund so auf, Herr Schule?“

Langsam schlossen sich die Kinnladen. „Wie Sie mit dem Prokuristen gesprochen haben?“ Grenzenlose Hochachtung lag in den Worten.

„So wie man mit einem Prokuristen sprechen muß! Grabeweg!“

Georg ging am Nachmittag zur „Krone“.

So sehr er sich bemüht hatte, ganz hatte der Puder die Blauweiße in seinem Antlitz nicht verdecken können.

In der „Krone“ wurde er mit lautem Hallo empfangen.

Wie immer war der dicke Jenbusel anwesend, der Dienst neben dem Herrn Bürgermeister, dem Herrn Apotheker und dem Polizeikommissar sah. Auch von seinen „Sangesbrüder“ vom Abend vorher sahen eine Anzahl an ihrem Stammtisch.

Georg spürte die prüfenden Blicke und wurde vor Bürger rot.

Als er an den Stammtisch seiner Freunde kam, sahen ihn alle verärgert an.

Der dicke Beinert sagte vorwurfslos: „Na, Schorsch, wie wolltest du wieder gut machen, was uns gestern passiert ist?“

„Wer waren eigentlich die Schafe, die auf uns eingedrungen haben?“ fragte ein anderer.

„Die Dresche, die Dresche!“ knaufte der kleine Rieger. „Mein Vater wird die Kette wegen Körperverletzung verliegen!“

„Wer es war?“ stieß Georg ingrimig hervor. „Mein Schößör, dieser verfluchte Pommer!“

„Der dicke Keri?“

„Ja, und dann... den anderen habe ich nicht erkannt.“

„Das war euer Götter!“

„Der Götter... schön, den werde ich auch entlassen!“

„Du hast den dicken Pommer rausgeschmissen?“ fragten sie alle erfreut.

„Über klar, mit Uplomb! Fristlos entlassen! Der Götter liegt auch! Ich brauche einen neuen Schößör!“

„Nimm doch den Sattler Gustav!“ riet ihm einer. „Ein prima Fahrer und distret!“

„Ist er frei?“

„Ja, ich habe ihn gestern gesprochen!“

„Dort wird gemacht!“

Der Pikkolo kam angeflogen. „Herr Meinhold wünschen?“

Georg gab ihm den Auftrag, den Sattler Gustav heranzuzuffen. Der Pikkolo fliegte davon. Nach einigen Minuten war er schon mit dem Sattler da. Georg engagierte ihn und gab ihm Auftrag und Vollmacht, den Wagen nach der „Krone“ zu bringen.

Über Gustav kam nach einer halben Stunde unverrichteter Sache wieder. Hermann hatte ihm den Wagen nicht gegeben.

Wulzenbrann erhob sich Georg und begab sich mit Gustav nach der Villa Laibacher.

Über Hermann weigerte sich, auch ihm den Wagen zu überlassen.

„Mensch, was fällt Ihnen ein?“ brüllte ihn Georg an.

„Ich habe Sie heute morgen entlassen! Was treiben Sie sich hier noch herum?“

Selbstzufrieden entgegnete Hermann: „Die gnädige Frau hat mich gleich hinterher engagiert, Herr Meinhold.“

„Sol über meinen Wagen geben Sie heraus!“

„Das ist nicht Ihr Wagen, Herr Meinhold. Der gehört der Firma! Da hat nur Frau Caroline Laibacher zu kommen und niemand sonst. Ich kann da nichts machen.“

Es half nichts. Georg mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Zu Frau Caroline wollte er nicht gehen, denn er war im Unrecht. Der Wagen gehörte tatsächlich der Firma. Er fauste sich an diesem Nachmittag noch einen Wagen für 9000 Mark, die er schulde blieb.

**Zu Haustrinkkuren**  
bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-,  
Blasen-, Harnleiden (Harnstode), Arterien-  
verkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.  
Brunnenschriften durch das Fachinger Zentral-  
büro, Berlin 51 W 8, Wilhelmstraße 56.  
Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken,  
Drogerien usw. sowie in Dresden b. d. Fa. H. Friesius W. w.  
Johannistraße 23, Telefon Nr. 13216.

erbittlicher Strenge eingreift und wieder die pflichtbewussten Gemeinden unschuldigerweise mit so schwer und hart trifft. Die erste tief einschneidende Sparmaßnahme, die die 2. Notverordnung vorschreibt, ist eine weitere außerordentlich hoch bemessene Kürzung der Gehälter und Bezüge der Reichsbeamten, Staats-, und Gemeindebeamten und öffentlichen Angestellten. Während bereits die 1. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom Dezember 1930 diese Dienstbezüge um 4 Prozent verkürzte, tritt jetzt noch der Höhe des Einkommens eine weitere Kürzung von 4 bis 8 Prozent ein, so daß es öffentliche Gehaltsempfänger gibt, die allein 12 Prozent ihres Gehaltes als eine einzige Steuer neben den anderen ordentlichen Steuern zu zahlen haben. Man geht nicht fehl in der Behauptung, daß ein großer Teil dieser öffentlichen Gehaltsbezieher steuerlich insgesamt 1/4 bis 1/3 ihres Einkommens der öffentlichen Hand opfern müssen. Diese Kürzung trifft sogar die Verpflichtungen der Wartegeld- und Ruhegelebenspänner und selbst die Verpflichtungen der Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Soldaten, wie überhaupt auch die Angehörigen der gesamten Wehrmacht. Die bisher den Beamten gezahlten Kinderzuschläge sind für das 1. Kind von 20 auf 10 RM., also um die Hälfte pro Monat außerdem herabgesetzt. Auch die Beamten und Angestellten der Körperkästen des öffentlichen Rechts werden von dieser Gehaltskürzung betroffen, z. B. Anstalten, Vereine und Stiftungen des öffentlichen Rechtes, die Verbände von Körperkästen des öffentlichen Rechtes, ferner die Unternehmungen, deren Geschäftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von Körperkästen des öffentlichen Rechtes befindet usw. Auch Geistliche und Lehrer gelten als Beamte im Sinne dieser Bestimmung. Diese Gehaltskürzungen treten erst am 31. Januar 1934 wieder außer Kraft.

Am einschneidendsten sind die Bestimmungen über die Sicherung der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände. Bekanntlich ist der Staat jetzt eigenen Mitteln die staatliche Aufsicht über die Finanzvergabe der Gemeinden aus. Bis zum Erstellen der 1. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom Dezember 1930 hatten jedoch die sächsischen Gemeinden nach § 9 der sächsischen Gemeindeordnung ein ungeheuer weitgehendes, fast kann man sagen, unbeschränktes Selbstverwaltungrecht hinsichtlich der Verwaltung ihres Vermögens und der Gestaltung ihres Haushaltplanes. Begnügt doch der § 9 der sächsischen Gemeindeordnung mit dem grundlegenden Satz:

"In der Verwaltung des Gemeindevermögens ist die Gemeinde frei." Es folgen dann lediglich einige Bindungen hinsichtlich der Unantastbarkeit des Vermögensstammes und der Beweinung außerordentlicher, nicht regelmäßig liegender Einnahmen. Die staatliche Aufsicht und Einsicht begann aber nur dort und auch nur insoweit, als die Gemeinden oder die Bezirkverbände gegen das Reichs- oder Landesrecht verfehlten oder ihre Aufgaben schuldhaft vernachlässigten. Fehlten sie gegen diese beiden Grundfälle nicht, dann hatte ihnen die Staatsbehörde in ihrer Selbstverwaltung nicht hinzutun. Da der § 170 der Gemeindeordnung stellte noch ausdrücklich fest, daß rein wirtschaftliche Belange des Reichs- oder Landesfiskus im Wege der Aufsicht über die Gemeinden nicht wahrgenommen werden durften. In dieses Selbstverwaltungrecht der Gemeinden griff schon die Notverordnung vom Dezember 1930 sehr schwer ein. Viel weiter geht nun noch die neue 2. Notverordnung. Ehrlich gesagt, habe sie die Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirkverbände auf dem Gebiete der Gestaltung

des Haushaltplanes, der gemeindlichen Steuerhöheit und der Verwaltung des gemeindlichen Vermögens fast völlig auf. Und im Gegensatz zur lebigen Bestimmung in § 170 der sächsischen Gemeindeordnung nimmt sie mit dieser radikalen Schmälerung des Selbstverwaltungsbereiches der Gemeinden zielbewußt und mit Absicht wirtschaftliche Belange des Reichs und der Länder wahr. Nach den Bestimmungen der 2. Notverordnung überwachen die Landesregierungen und die von ihnen beauftragten Behörden, also die Staatsaufsichtsbehörden, die Haushaltstafeln und Besteuerungsführung sowie die Kasenranlage, die Vermögensverwaltung und das Schuldenwesen der Gemeinden. Sie sind belastet. Auskunft über diese Verwaltungszweige und Tätigkeiten sowie Einfücht in die Alten und Unterlagen der Gemeinden zu verlangen. Bis hierher enthalt die 2. Notverordnung gegenüber den Bestimmungen der sächsischen Gemeindeordnung noch nicht viel Verändertes. Nur beginnt aber der schwere Eingriff in die Selbstverwaltung. Die Notverordnung bestimmt nämlich, daß dann, wenn die Ausgaben einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes die Einnahmen übersteigen, die Staatsaufsichtsbehörde darin zu wirken hat, daß der Ausgleich zunächst durch Senkung der Ausgaben erreicht wird. Der Geschiebeträger war so natürlich bewußt, daß dies in den weitaus meisten Fällen dennoch deshalb nicht möglich sein wird, weil ja die Mittel für die vom Gesetz selbst zwangend vorgeschriebenen Pflichtaufgaben, z. B. Wohlfahrtswesen, Krisenfürsorge, Wegenbau, Besoldung u. u. unbedingt aufgebracht werden müssen. Deshalb sagt auch die Notverordnung, daß, soweit der Ausgleich durch Senkung der Ausgaben nicht möglich ist, die Staatsaufsichtsbehörde dafür zu sorgen hat, daß alle zur Erhöhung der Einnahmen erforderlichen und zulässigen Maßnahmen von der Gemeinde bzw. dem Gemeindeverband ergriffen werden müssen, daß insbesondere die gesetzlich angestossenen oder vorgeschriebenen Steuern und zwar sämtlich und, wie es ausdrücklich heißt, "im vollem Umfang" ausgenutzt werden müssen. Nun kommt das Besondere: Verweißt oder unterstellt eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband die dazu erforderlichen Beschlüsse, so kann die Staatsaufsichtsbehörde diese Beschlüsse anstelle der Gemeinde oder des Bezirkverbands entweder selbst fassen oder durch einen besonderten Staatskommissar fassen lassen. Die Gemeindeverwaltung kann sogar einem Staatskommissar übertragen werden, d. h. die Gemeinde oder der Gemeindeverband hat dann über seine Schicksale überhaupt nichts mehr zu bestimmen und nichts mehr zu sagen. Solche von der Staatsbehörde angeordneten Maßnahmen sind sogar dann rechtsgültig, wenn sie schon vor dem Inkrafttreten der Notverordnung erlassen worden sind. Da die sächsische Ausführungsverordnung zur 2. Notverordnung noch nicht erschienen ist, steht noch nicht fest, ob dieses staatliche Anweisungsrecht in Sachsen von einem Staatskommissar ausgenutzt werden wird. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge spricht aber alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Amtshauptmannschaften und Kreishauptmannschaften dieses weitgehende Verordnungsrecht über die Gemeinden, die in der Notverordnung vorgeschriebenen Steuerbeschlüsse nicht fassen, erhalten werden. Sie erscheinen daraus, daß ein abhängiges Widersehen von Gemeindeverordnetenkollegien oder Bezirksausschüssen oder Bezirkstagen gegenüber dem anstehenden Bestimmungen der 2. Reichsnotverordnung nichts weiter darstellt als eine zwecklose, leere Schone Seite, die die Staatsaufsichtsbehörde dann, ob sie will oder nicht, nach den Bestimmungen der Notverordnung anträgt, die nichtgelaufenen Steuerbeschlüsse kraft der Staatsgewalt einfach zu erheben. Machen Sie das Ihren Gemeindeverordneten klar, damit diese sich aus einer durchaus nicht böswilligen, sondern vielleicht sogar gut und ernst gemeinten, aber total irrgärtigen und nutzlosen Widerstandsvorlage auch noch um den Rest der Selbstverwaltung bringen, der Ihnen nach dieser 2. Notverordnung glücklicherweise noch geblieben ist. (Schluß folgt)

**Mobimed**  
zur täglichen Halspflege

## MAGGI's Erzeugnisse billiger

### MAGGI's Würze

Original-Flaschen	RM - .18	-.36	-.63	-.90	1.49	5.85
sachgefüllt	RM - .09	-.20	-.39	-.59	1.13	—

### MAGGI's Suppen

1 Würfel für 2 Teller 10 Pfg.  
- 28 verschiedene Sorten -

### MAGGI's Fleischbrühe

5 Würfel nur 18 Pfg.  
(= 1 Stange)

aber in Qualität unverändert erstklassig

Wit ihm fuhr die Gesellschaft von der "Krone" nach der nahen Großstadt in die Tanzstube, trockner Blaueulechen.

Es war ein milder Maiabend.

Helmut Fenster stand offen.

Plötzlich unterbrach er sein Schreiben, sah durchs Fenster und erblickte den Schöfför, der ihn bei seiner Ankunft verließ hatte.

"Zug!" sagte Hermann.

"Zug, Herr Steuermann! Mit Ihnen habe ich noch ein Hühnchen zu rupfen!"

Hermann fragte sich hinter dem Ohr. "Ach so, wo Sie angekommen sind und ist . . . himmelsakrament . . . da habe ich Sie vergessen!"

"Davoll, mit meinem ganzen Gepäck und meinem Papagei sah ich mutterseelenallein auf dem Hof, und der Herr Steuermann war in die Garage — sprich Restaurant — geschlüpft."

"Ru nee, so sind mir Sachen nich! Ich hatte einen Brief von meiner Braut jetztig, und der hatte mir so aufgeregt, da habe ich Sie totalment vergessen! Kommt nich wieder vor! Nicht für unjut, Herr . . ."

"Stoßel!"

"Stoßel! Schöner Name . . . aber nich so stoßig sin!"

"Wir sind ganz gemütlisch, Herr . . ."

"Pommer, wie die Pommern oben!"

"Komischer Mensch! Heißt Pommer, ist ein Sachse, und sitzt hier an der brandenburgisch-schlesischen Grenze."

"Zavoll, ich bin international! Ich habe noch den internationalen Führerschein!"

"Glänzend, also da können wir gelegentlich einmal die schlesische Grenze überfahren!"

"Karl! Wir machen mal einen Ausflug zusammen! Dann trinken wir 'nen Verjöhnungsschnaps."

"Abgemacht!"

Hermann trat näher heran und sagte leiser: "Was ist denn das für ein Männchen, der dort draußen sitzt? Das ist wohl von Hagenbeck entsprungen?"

"Unter neuer Volontär!"

"Aha!"

"Eloß a reicher Junack!"

"Nich übel! Den kriegen Sie ma von! Einstand lebend In die "Krone" fahren wir mol!"

"Wird gemacht! Und wann?"

"Morgen nach Geschäftschluß, da muß ich so wie so in die Stadt. Da können wir schon einen genehmigen!"

"Ein Schöfför soll . . ."

"Rüchnern bleiden, gut fahren, niemanden in Gefahr bringen. Mann, een Schöfför wie ich . . . meine Freunde, die haben mir den Titel eines Europameisters im Autofahren gegeben! Der Sommer weiß, was er sich zumuten kann. Können Sie auch fahren?"

"Karl! Alle Führerschein! Ich habe moi drüb in Südmmerika ein Autorennen gewonnen."

"Donnerwetter, da sind wir ja beide Kollegen! Wo doch mussen wir eins genehmigen!"

Am dem Abend, da Georg mit seinen Freunden in die nahen Großstadt in die Tanzstube gefahren waren, kam gegen neun Uhr ein Gast in die "Krone", der über ein Jahr abwesend gewesen war: Baron Ilme von Schlettow, Majoratsbärtig des großen Schlettowischen Hamiltengutes, das direkt an das Parbader Ufer grenzte.

Als der stattliche Mann in den Bierzögern, dem man den einstigen Offizier anzah, heiter und lebenslustig wie immer eintrat, erhob sich der Besucher der "Krone" trotz des faulischen Grunds, den er in der Hand hatte, höchst persönlich und ging, gefolgt von dem Bürgermeister und dem Rector, dem Neuanfänger entgegen.

"Herglich willkommen in der "Krone", Herr Baron!" Sie schüttelten sich die Hände.

"Danke, danke, meine Herren! Auch in der Heimat W's ganz schön!"

"Aber gewiß doch!" lachte der Rector. "Ein gutes Jahr haben Sie sich wieder in der Welt herumgetrieben, Baronchen!"

"So lange wird's bald sein! Aber länger ging's nicht!"

"Wissen Sie, Rector, ich hatte noch zwei Dingen Schnauß!"

"Und das waren?"

"Schnauß nach dem deutschen Frühling, der so muntern-

## Germischtes.

**Wochfeuer in Neumünster.** In der vergangenen Nacht wurden mehrere Gebäude der Eisenbahnen und Waldbinzenfabrik Franz Robert durch Feuerwehr eingeschafft. Beim Eintreffen der Feuerwehr fand noch Wittracht brannte das dreistöckige Modelllager fast in ganzer Ausdehnung. Es konnte nicht verbündert werden, doch das Feuer auf ein benachbartes Modelllager, auf die Möbeltischlerei und das Holzgärtner übertragen und diese fast völlig vernichtet. Wegen der Gefahr für die Nachbargebäude wurden die Nieler Feuerwehr und die Feuerwehr einer Fabrik um Hilfe gebeten. Gegen 4 Uhr früh war das Feuer in den Gewölbe des Wehranwesens.

**Wieder ein Paddlerungslück in Regensburg.** Nachdem erst am Montag abend ein Hamburger auf der Fallbootfahrt im Strudel an der Steinernen Brücke ertrunken war, ereignete sich dort gestern abend ein neues Paddlerungslück. Ein Fallboot schwang in dem gefährlichen Strudel um, der Anstoß wurde von den Wellen fortgetrieben und ertrank. Ein Matrose, der ihn retten wollte, rannte in der Eile in ein Motorrad und wurde schwer verletzt. Die Verantwortlichkeit des Ertrunkenen konnte noch nicht festgestellt werden.

**Schwere Schäden durch eine Windhose.** Eine Windhose richtete im Kreis Bleckede schwere Verwüstungen an. In Reegendorf wurden mehrere Gebäude abgedeckt. Straßen und Gärten sind mit Biegelsteinen besetzt. Über 100 Jahre alte Bäume wurden entwurzelt, Obstbäume und Telegraphenmasten aus der Erde gerissen und zerbrochen. Auch in den Gemüsegärten und auf den Wiesenfeldern wurden große Verheerungen angerichtet. Die Saugkraft der Windhose war so gewaltig, daß auf den Bäumenfeldern die Rüben aus der Erde gerissen wurden. Die Hauptverkehrsstraßen waren mehrere Stunden gesperrt und konnten erst nach großen Anstrengungen wieder für den Verkehr freigemacht werden.

**Schweres Unwetter im Grenzgebiet Prignitz-Wedelburg.** Das Grenzgebiet Prignitz-Wedelburg wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. In Wittenberge wurde eine Niederschlagsmenge von 50 Millimeter verzeichnet. Von allen Seiten zogen sich schwere Gewitter zusammen. In dem Dorf Gandom bei Venzen schwang der Blitz in eine Scheune und hässigte das große Gebäude vollkommen ein. In dem Dorf Gittel wurde ein 21-jähriger Rente, der damit beschäftigt war, das Vieh von der Röbel zu treiben, vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet. In Wittenberge selbst hat das Unwetter große Wasserschäden angerichtet. Der wasserbrachige Rogen lagte in kurzer Zeit ganze Straßenseiten unter Wasser, so daß zahlreiche Hölzer überdauert wurden. Hochreit sind die Fälle, bei denen der Blitz in die Viehställe und Transformatorenhäuse einschlägt, so daß die Stromleitung in der Westprignitz zeitweise unterbrochen war. Als fast allen Orten der Umgang wird gemeldet, daß der Rogen die Felder gewässert hat.

**Fünf Tote bei einem Fluchtversuch aus einem bulgarischen Gefängnis.** Mehrere Straftäger entflohen des Gefängnisses von Silivri unternehmen einen Fluchtversuch, der jedoch bemerkt wurde. Als sich die Fliehenden auf den Holzrampen der Bache nicht ergaben, gab die Polizei, wobei fünf Flüchtlinge getötet wurden. Das Gefängnis herrscht wieder völlige Ruhe. Ein besonderer Fall von Vergleichslosigkeit. Dieser Tag wurde kurz hinter Raumburg der Wismut Leipzig-Hofstel durch Zichen der Rotkreuz zum Halten gebracht. Es stellte sich heraus, daß eine Mutter, die beim Besuch des Juges ihr Kind auf der Station vergleichsweise hatte liegen lassen, von dieser Maßnahme keine erwartete.

**Ein besonderer Fall von Vergleichslosigkeit.**

Dieser Tag wurde kurz hinter Raumburg der Wismut Leipzig-Hofstel durch Zichen der Rotkreuz zum Halten gebracht. Es stellte sich heraus, daß eine Mutter, die beim Besuch des Juges ihr Kind auf der Station vergleichsweise hatte liegen lassen, von dieser Maßnahme keine erwartete.

**Sehr wiede einmal angebrochen ist, und nach einem gemütlichen Satz mit alten Freunden.**

**Herklich lachten sie alle.**

Dann ging ein munteres Erzählens los. Der Baron war ein glänzender Blauberer und erzählte von seinen Reisen. Er hatte allerhand gesehen, war in Java, Bornen, in Japan, Sibirien gewesen, er war über Alaska nach Kanada, über die Vereinigten Staaten nach Mexiko gekommen, wo es ihm ausnehmend gefiel, bis ihn die Schuhstücke heimholte.

"Und was gibt's denn im lieben Bözingen Neues?"

"Neues!" entgegnete der Bürgermeister. "Nicht viel, vor allem Dinge, die Sie kaum interessieren werden, lieber Baron. Soll ich Ihnen einen Vortrag halten über die Steigerung der Arbeitslosenfürsorge im besonderen und der Fürsorge im allgemeinen?"

"Um Gottes willen! So wichtig und brennend diese Fragen sind, heute habe ich nicht Lust, mich damit zu belasten!"

"Doch Herr Baibacher gestorben ist? Wissen Sie es?"

"Ja, da war ich noch beim Begräbnis. Frau Baibacher war übrigens damals nicht da!"

"Nein!" sagte der Rector. "Aber jetzt ist sie da!"

Baron Schlettow rückte plötzlich vor Erstaunen zu dem Rector. "Was, Frau Caroline ist da? In Bözingen?" fragte er staunend erstaunt.

**Die Stammtischrunde ist sich verschmiert an.**

"Ja, Sir, Baron!" sagte der Rector. "Aber wir haben im ersten Augenblick gedacht, das kann sie gar nicht sein!"

"Die zarte, ätherliche Frau?"

Die Runde lachte dröhrend auf.

"Zart? Neiberlich?" lachte der Bürgermeister mit Nachdruck. "Großer Gott, wenn das zart und ätherisch ist!"

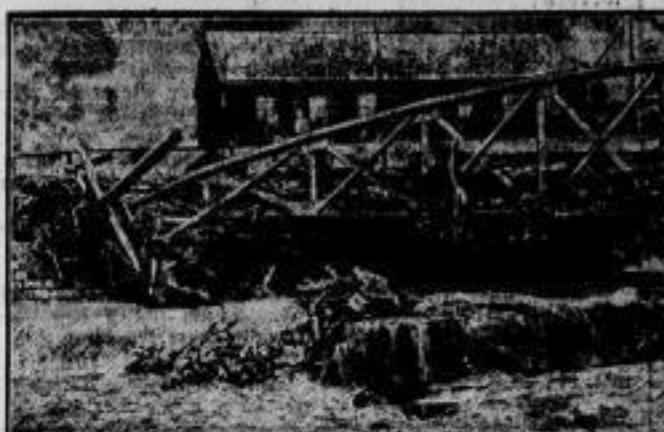
Der Baron sah sich befremdet um. "Ich verstehe Sie nicht."

"Herr Baron, Frau Baibacher hat sich ganz gewaltig geändert. Sie hat sich ihrem Namen angepaßt, ist groß und dick und mindestens zweit Zentner schwer, ohne daß sie dabei plump wirkt."

Baron Ilme glaubte nicht recht gehört zu haben. "Über meine Herren, das ist doch unmöglich! Da muß ich Frau Caroline einen Besuch abstatten."

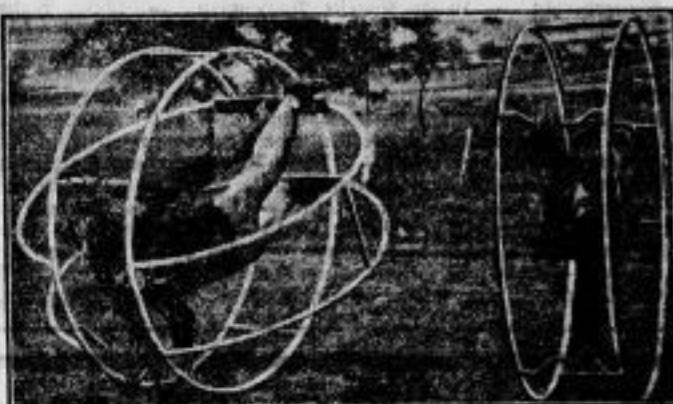
Der Superintendent fiel eins: "Auf,

# Münch vom Ton zu im Bild und Wort.



Die Unwetterkatastrophe im Erzgebirge, die am stärksten die Gegend um Annabergenstadt betroffen hat. Durch die schweren Wolkenbrüche ist das kleine Schwarzwasserflächen zu einem reißenden Strom angeschwollen und hat große Verwüstungen angerichtet.

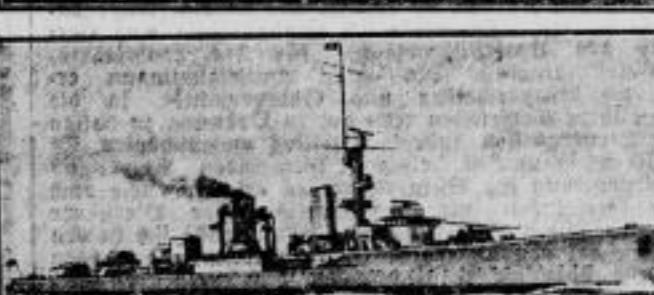
Zur Arktis-Fahrt des „Graf Zeppelin“. Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird Ende Juli zu seiner Fahrt in die Polargegend starten. Die Gesamtleitung der Expedition wird Dr. Ederer (oben links) haben, als Präsident der „Aerowakte“, der Internationalen Gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff. Die wissenschaftliche Leitung liegt in den Händen von Professor Samoilowitsch (oben Mitte), dem bekannten russischen Geographen und Führer des „Krasin“ bei der Reise nach Nobiles. Als Vertreter der Amerikanischen Geographischen Gesellschaft und als Fachmann für Navigation im Polargebiet führt der Amerikaner Ellsworth (oben rechts) mit. Weitere Teilnehmer an der Fahrt sind (unten, von links):; Lieutenant-Commander Smith, amerikanischer Oceanograph und Erdmagnetiker, Hauptmann Bruns, der Assistent Dr. Ederers, Diplomingenieur Balle, Bergedorf.



Ein neues Basketball, das, im Gegensatz zu den bisher üblichen (rechts), nicht umschlagen kann und größere Möglichkeiten für sportliche Übungen bietet.



Die Schönsten im Lande. Auch Japan wählt alljährlich die Schönste des Landes und gibt ihr den Titel „Miss Nippon“. Wie gefällt Ihnen diese kleine Madame Butterlin? — Spanien hat zeitgemäß die Schönheitskönigin „Miss Republik“ benannt.



Deutscher Flottenbesuch in England. Die beiden deutschen Kreuzer „Königsberg“ (oben) und „Karlsruhe“ (unten) werden in den nächsten Tagen den Besuch der englischen Kriegsschiffe in Riel erwarten und nach Portsmouth fahren. Zu Ehren der deutschen Gäste werden schon jetzt Veranstaltungen vorbereitet.

Bild darüber: Opfer der Pflicht. Der bei Kommunisten-Unruhen erstickte Berliner Polizeioberwachtmeister Kubitsch wurde unter großer Beteiligung seiner Kameraden beigesetzt.



Deutsches Flugzeug in der Mongolei beschädigt. Ein Post- und Frachtflugzeug der Deutsch-Chinesischen Luftverkehrsgesellschaft „Eurasia“ — eine Junkers-Maschine vom hier gesetzten Typ „W. 38“ — musste auf seinem Fluge vom Manchuria nach Peking eine Zwischenlandung vornehmen, bei der es von mongolischen Soldaten beschädigt wurde. Eine zweite Maschine, die der verunglückten zu Hilfe kommen wollte, wurde beschossen und an der Landung verhindert.

Bild darüber.

Raum glaublich! Ein phantastisch anmutender Unfall ereignete sich vor kurzer Zeit natürlich in Amerika: ein Pilot wollte vom Flugzeug mit dem Fallschirm abspringen, blieb aber mit dem Fallschirm am Schwanzende der Maschine hängen. Von einem anderen Flugzeug aus gelang es schließlich, dem Todgeweihten ein Messer herabzulassen, mit dem er die Seile des Fallschirms abschnüren konnte. Mit Hilfe eines Reserve-Fallschirms landete er dann wohlbehalten.

Das neue Fernsprechkabel Deutschland-Dänemark. In Warnemünde wurde das zweite Fernkabel zwischen Deutschland und Dänemark ausgelegt, das als Erstes für das im Jahre 1926 ausgelegte Seekabel den ständig wachsenden Fernsprechverkehr zwischen Mitteleuropa und den nordischen Ländern in Zukunft ausnehmen soll. Bei dieser Gelegenheit wurde das alte, im Jahre 1888 gelegte Seekabel abgeschnitten, das seinerzeit dem telegraphischen Verkehr diente und völlig unbrauchbar geworden war, aufgenommen.

# Amtstag der Amtshauptmannschaft Großenhain

am 7. Juli im Sachsenhof.

Herr Amtshauptmann Hellek begrüßte mit herzlichem Willkommen die fast vollständig erschienenen Bürgermeister und Gutsvorsteher des Bezirks, wie auch die Vertreter des Bezirks-Ausschusses und des Bezirkstages, sowie die Presse-Vertretung. Der Redner betonte, daß dieser Amtstag nötig gemacht habe infolge der 2. Notverordnung, um die Vorstände der Gemeinden mit dem Bevölkerungs- und Wissenswertesten dieser Tafel einschließenden Verordnung wie auch anderen Verordnungen bekanntzumachen. Die Lage von Volk und Wirtschaft seien von Amtstag zu Amtstag beforganisatorisch geworden, es sei ein Wundern am Ablauf. Wirtschaft und Finanzen, besonders die der Gemeinden, seien am Zusammenbruch und daher gäbe es, sich mit den nötigen Fragen vertraut zu machen, wie sie sich aus der neuen Notverordnung usw. zur Abwendung der drohenden Gefahr ergeben. Nunmehr hielt Herr Amtshauptmann Hellek den an anderer Stelle abgedruckten Vortrag über: "Wissenswertes für Landrägermeister aus der neuen Reichs-Notverordnung".

Allgemeine Finanzlage der Gemeinden: Der Amtshauptmann führte zu diesem Punkt aus, daß die Lage im Bezirk sehr verschieden sei. Während einige Gemeinden infolge geringer Belastung durch wenige Wohlfahrtsvereinbrosse noch günstig ständen, befänden sich andere, darunter vor allem Großenhain, Radeburg, Rüdersdorf, Leithain, Niederau in schwerer Bedrängnis. Auch Gemeinden sind vorhanden, die nicht mehr aus eigenen Mitteln die Wohlfahrtssicherungen zahlen könnten. Dabei wisse er, der Amtshauptmann, selbst nicht mehr, woher die Gelder nehmend. Auf die befannte Ablehnung der Genehmigung einer Defizitauflese durch die Kreishauptmannschaft (in Höhe von 200 000 Mark) eingehend, betonte der Redner, daß sich unter diesen Umständen eine Nachumlage von 15,26 Mark erforderlich machen würde. Gegenwärtig beträgt die Umlage 4,09 Mark, das sei im Vergleich zu anderen Bezirksverbänden, wo bereits 9–18 Mark erhoben werden, gewiß niedrig, man dürfe aber nicht außer acht lassen, daß die Struktur des Großenhainer Bezirks mit geringer Bodenklasse und ohne Industrie bzw. zum Erlegen gekommenen Betrieben einfach ein Rehe an Umlage nicht gestatte. Es werde natürlich Einspruch bei der Gemeindesammlung gegen die Ablehnung der Anliegen erheben werden, ob freilich mit Erfolg, müsse dahingestellt bleiben. So werde sich zwangsläufig eine Herabsetzung der Unterstützungsleistung für die Wohlfahrtsvereinbrosse ergeben. Der Herr Amtshauptmann ermahnte die Bürgermeister und Gutsvorsteher, ja die Finanzen ihrer Gemeinden recht gut in Ordnung zu halten und die Steuerquellen unbedingt reichlich auszuschöpfen. Es werde sich nötig machen, einzelne Gemeinden Anweisung zur Verdoppelung der Bürgersteuer zu erteilen, wie auch einzelne Gemeinden zur Verdoppelung der Bürgersteuer würden angehalten werden müssen. Man müsse sich in den Gemeinden bei den außerordentlichen Ausgaben befreiden halten, alle über die Pflichtaufgaben hinausgehenden Leistungen würden rücksichtslos gestrichen werden. Bei Ausfällen über Wohlfahrtsanträge müsse peinlich genau verfahren werden, es werde in dieser Beziehung noch viel gesündigt. Er, der Redner, appelliere an die Verantwortlichkeit und das Pflichtbewußtsein der Gemeinde-Räte bzw. ihrer Vorstände, da sie die Verantwortung trügen, man solle sich nicht von den Ratschlägen oder Beschlüssen der Gemeinde-Verordneten vom richtigen Wege abbringen lassen. Es ergab sich hieran anschließend eine lebhafte geführte Aussprache, an der sich hauptsächlich und wiederholt die Herren Bürgermeister Hartwig, Radeburg, Sill, Rüdersdorf und Schmidt, Leitewitz, beteiligten.

Dabei zeigte sich die große und ernste Sorge, in der sich die Gemeindeverwaltungen fast ausnahmslos befinden, beworgerufen durch die extreme Belastung mit Wohlfahrtsanträgen. Man sehe vor dem Bankrott, wenn nicht schreckliche Hilfe von oben her durch Land und Reich komme, denn eine Renovierung von Umlage würde einfach nur auf dem Papier stehen, aber nicht heranzubringen sein.

Bürgermeister Hartwig wendete sich gegen die Nichtberücksichtigung der Gutachten in Sachen der Wohlfahrtssicherung durch das Wohlfahrtssamt. Bürgermeister Schmidt, Leitewitz, bemängelte die Berechnung von Gutabendsbeträgen der Gemeinden gegen Rückstände an Umlage. Herr Amtshauptmann Hellek klärte aber die Herren auf. Einen Ausweg aus der Finanznotamkeit müsse schließlich niemand zu weisen, man hofft auf Hilfe von oben!

Erneut wurde auf die Pflicht der Gemeindeverwaltungen hingewiesen, alle Einnahmegerüchte zur Gemeindeliste zu verbuchen unbeschadet ihrer Wiederausgabe. Es könne in Überbetriebungsfällen gegen diese seitens der Amtshauptmannschaft ergangene Anweisung keine Rücksicht mehr gegenüber den verantwortlichen Bürgermeistern genommen werden. Das soll eine leichte Warnung sein, man habe sich nur an diese Richtlinien zu halten und gegenteiligen Einflüsterungen von anderer Seite sich zu verschließen. Insbesondere seien auch die Gebühren der Revisoren für Prüfung der Bierdrucksätze von den Beauftragten dieser Apparate zu tragen (also von den Gastwirten), teilsfalls vor der Gemeindeliste zu zahlen.

In Punkt 5 der Tagesordnung, Amtshauptmann der Gemeinden. In einer hierauf bezüglichen Verordnung des Ministeriums des Innern vom 25. 6. 31 wird vor allem zum Ausdruck gebracht, daß Gemeinden an die Ausführung größerer Arbeiten herangegangen sind, ohne daß eine restlose Finanzierung gesichert war. Das ist verboten! Die Finanzierung ist genau festzulegen und im Anleihegesetz zu belegen. Dies gilt auch für Grundstückskäufe.

Bezüglich der außerordentlichen Zuwendungen aus dem Lastenausgleichsstock warnte Herr Amtshauptmann vor großen Hoffnungen, da die Mittel sehr gering seien. Das Ministerium des Innern wünsche nicht, daß die Bürgermeister mit Gesuchen wegen Zuwendungen persönlich dort vorkommen würden. Diese Gesuche seien mit Unterlagen an die Amtshauptmannschaft einzureichen, wo sie geprüft würden und dann weitergegeben werden. Es sei auf die von der Amtshauptmannschaft herausgegebenen und an die Gemeinden zugestellten Auszüge aus der Verordnung verwiesen, in denen die Richtlinien für Gefüge enthalten sind. Herr Bürgermeister Hartwig wendet sich gegen die unzulängliche Berücksichtigung der Gemeinden mit außerordentlichen Zuwendungen aus dem Lastenausgleich und geißelt ebenso wie Herr Sill, Rüdersdorf, angebliche Un gerechtigkeiten, die dort vorgekommen seien. Herr Amtshauptmann Hellek kennzeichnet den Kampf der Großstädte und der kleinen Gemeinden um den Lastenausgleichstock und empfahl den kleinen Gemeinden sowie Städten, sich in dieser Frage hinter die Bezirksverbände zur Verteilung ihrer Interessen zu stellen.

Herr Reg.-Rat Hörtel berichtete sodann über die Verteilung von Mitteln aus dem Lastenausgleichsstock für 1929 und Gewährung von Vorhüssen für 1930. (Siehe hierüber Bericht über die Bezirksauschusssitzung vom 25. 6. 1931, Nr. 147 "Ges. Tagebl.") Es konnten danach rund 1200 Mark an verschiedene Gemeinden verteilt werden, die sonst an nichts oder nur geringe Beträge aus dem Lastenausgleichsstock erhalten hätten. Es handelt sich dabei um Zuwendungen von 100 bis 300 Mark. Der Einheitshaushaltplan des Sächsischen Gemeindetages soll mit

Beginn des neuen Haushaltjahres eingeführt werden. Hierzu wird ein bei der Firma Ernst Mauffuß, Greifswald, gedruckter sogen. kleiner Haushaltplan-Bordruck Verwendung finden, der gleichzeitig eine Vereinfachung und Erleichterung der Rechtsfragenstatistik herbeiführen soll.

Die Ausstellung von Führungs- und Deumunds-Zetteln für Verwaltungsdienstler zu Zwecken der Steuerabwendung hat nach rechtsgerichtiger Bekanntmachung gesühnfrei zu erfolgen.

Die freiwillige Weiterversicherung der aus dem Amts ausstehenden Bürgermeister beim Landesversicherungsverein der ländlichen Wohltätigkeitsvereine, für die die Sammelbücher demnächst zugestellt werden, ferner um Übernahme der Einäscherung der Beiträge für den Bezirk-Ost- und Weinbau-Verein durch die Herren Bürgermeister im Interesse der guten Sache. Eine Anfrage des Bürgermeisters von Leitewitz wegen der Führung von vollzähligen Personalausweisen seitens der Kleinstraßenwagen-Fahrer konnte als nicht zur Tagesordnung gehörig keine Erledigung finden. Es müssen auch erst die Ausführungsbestimmungen an der betreffenden Verordnung abgewartet werden.

Herr Amtshauptmann Hellek hat noch um Förderung der Sammelaktivität der ländlichen Wohltätigkeitsvereine, für die die Sammelbücher demnächst zugestellt werden, ferner um Übernahme der Einäscherung der Beiträge für den Bezirk-Ost- und Weinbau-Verein durch die Herren Bürgermeister im Interesse der guten Sache. Eine Anfrage des Bürgermeisters von Leitewitz wegen der Führung von vollzähligen Personalausweisen seitens der Kleinstraßenwagen-Fahrer konnte als nicht zur Tagesordnung gehörig keine Erledigung finden. Es müssen auch erst die Ausführungsbestimmungen an der betreffenden Verordnung abgewartet werden.

Nur nach 12 Uhr war die Tagesordnung erschöpft und Herr Amtshauptmann Hellek schloß den Amtstag mit Worten des Dankes für das Interesse und die Sachlichkeit an und bei den Beratungen, sowie für die Liebe, mit der die Beteiligten zur Sache gestanden hätten.

## Rundfunk-Programm.

Freitag, den 10. Jun.

Berlin—Stettin—Magdeburg.

6.30: Funk-Gymnastik. — Unschlüssig: Frühstück. — 12.30: Wetterbericht. — 14.00: Unterhaltende Orchestermusik (Schallplatten). — 15.20: "Menschenkenntnis". — 15.40: Kampf gegen Gartenfeinde. — 16.05: "Wir debattieren über den Sport". — 16.30: Angelässische Musik. Rachel Neill-Prost (Alt), Walther Roebert (Klarinette). — 17.00: "Walter- und Lust-Hygiene der Großstadt". — 17.25: Jugendstunde: "Begegnungen mit berühmten Männern". — 17.50: Das neue Buch. Dolores Dierer: "Der Gurniger". — 18.00: Das Wochenende. Seen im Norden von Berlin". — 18.25: Erich Gottgetreu liest eigene Erzählungen. — 18.40: Programm der Altstädter Abteilung. — 19.00: Tanz-Abend (Paul Godwin-Orchester). — 20.30: Tag- und Sportnachrichten. — 21.00: Fünf Minuten: Wegweiser ins Wochenende. — 21.05: Mark Twain. Ein Querschnitt von Rudolf Arnhelm. — 22.15: Feiertagsradio. — Danach: Abendunterhaltung. Berliner Konzert-Verein.

Königsberg/Lichtenhausen. — 5.45: Zeitungsbericht und Wetterbericht. — 6.30: Funk-Gymnastik.

— Unschlüssig: Frühstück. — Während einer Pause 7.00: Wetterbericht. — 10.30: Neueste Nachrichten. — 12.00: Wetterbericht. — Unschlüssig: Schallplatten-Konzert. — Unschlüssig: Wiederholung des Wetterberichtes. — 13.00: Neueste Nachrichten.

— 14.00: Schallplatten-Konzert. — 15.00: Jungmädchenstunde. Was wir lesen. — 15.30: Wetter- und Wetterbericht. — 16.00: Uebertragung des Nachmittagssongfestes Leipzig. — 17.00: Pädagogischer Hunt. Die Fortbildung in der deutschen Einheitsforschung im Rahmen des Schulunterrichts. — 17.30: Die Natur als Vorbild der Technik. — 18.00: Volksirtschaftsleistung. Staatspolitische Zusammensetzung der deutschen Sozialpolitik. — 18.30: Das Erlebnis am Kunstwerk. "Dante" von Rodin. — 18.55: Wetterbericht. — 19.00: Wissenschaftl. Vortrag i. Sohdreieck. — Bis 20.30: Berliner Programm. — 21.00: Das Köln: Rudolf Neid: "Ums goldene Kalb". Ein Totentanz von heute. — Unschlüssig: Berliner Programm.

## Turnen-Sport-Spiel-Wandern

### Das Turner-Stromsichtswimmen in Riesa abgezogen.

Das für 12. Juli nach Riesa angesehene Stromsichtswimmen der Sächsischen Turnerschaft ist wegen geringer Meldung vom Kreisstochtmann der ST abgesagt worden. Gewiß ein bitteres Sehen unserer Notlage!

**Schwimm-Meisterschaften der Sächsischen Turnerschaft in Bischofswerda.**

Am 25. und 26. Juli führt die Sächsische Turnerschaft im Städtischen Schwimmbad der Stadt Bischofswerda ihre diesjährigen Meisterschaften im Schwimmen durch, an denen die Besten aus allen Gauen teilnehmen werden. — Die Mittelfeldsche Rundb.-A.-G. wird einen Ausschnitt dieses Festes am 26. Juli nachmittags als Reportage auf ihre Sender übertragen lassen.

### Sächsische Turner beim Thüringer Kreisturnfest.

Am Sonnabend und Sonntag hält der Turnkreis Thüringen der Deutschen Turnerschaft in Erfurt sein Kreisturnfest ab. Er hat zu diesem Feste die Handballmannschaft der Sächsischen Turnerschaft zu einem Werbeschpiel gegen die Lödermannschaft Thüringen eingeladen. Die Sächsische Turnerschaft hat die Einladung gern angenommen und entsendet ihre beste Mannschaft.

Mit dem Thüringer Kreisturnfest wird auch ein Mitteldeutsches Turnertreffen verbunden, an dem die besten Volksturner der Turnkreise Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt teilnehmen. Die Sächsische Turnerschaft entsendet nach Erfurt ausichtsreiche Wettkämpfer zu diesem Mitteldeutschen Turnertreffen, das als Vorbereitung für die Deutschen Meisterschaften am 9. August in Berlin angesehen ist.

### Bundesfest des Deutschen Radfahrerbundes in Chemnitz.

Chemnitz — wie schon kurz berichtet — ist in den nächsten Tagen die Stätte, wo große sportliche Wettkämpfe stattfinden, wo sich die besten deutschen Radfahrer vereinen, um ihre deutschen Meistertitel zu kämpfen. In den Tagen vom 10. bis 15. Juli verankert der Bund Deutscher Radfahrer in Chemnitz sein 48. Bundesfest. Den vorzülichen Wettkämpfen geben am Freitag eine Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes und die Sommertagung des Verbandes Deutscher Radrennbahnen voran.

Die Meisterschaftskämpfe werden am Sonnabend mit dem Vierer-Mannschaftsfahren über 100 Kilometer auf der Bandstraße eingeleitet. Titelverteidiger ist Hermanns-Berlin, dessen Rädle Widerläufer unter den gemeldeten 18 Mannschaften Grün-Weiß-Berlin, Post SV Berlin, Wettina-Leipzig und Wunderer-Chemnitz sein dürften. Auf der gleichen Strecke tragen 14 Fahrer der deutschen Radsport- und Polizei eine Zwischenfestsicht aus.

Am Sonnabendabend werden im Chemnitzer Marmorpalast die Wettkämpfe im Saalfahren entschieden. Im Männer- und Sechser-Rundkreis nimmt Blitz-Reutlingen Favoritenstellung ein. Im Siner-Rundfahren wird der Breslauer G. Heidenreich seinen Titel erfolgreich verteidigen.

Im zweiten Rundfahren haben die Baffeler Meister Ullinger-Dünn die jungen Breslauer Meyer und Hüge zu führen. Am zweiten Radballspiel steht das Weltmeisterpaar der Dresdner Wunderfanten im Kampf mit den guten Frankfurter Mannschaften, der Grünen Turnerschaft und Falke-Stellung. Die gleichen Vereine haben auch im Dreier-Radballspiel die größten Siegesaussichten. Die Entscheidung im Sechser-Radballspiel dürfte zwischen Frankfurt/Main und Erfurt liegen.

Hauptkampftag ist natürlich der Sonntag mit den Fahrtbewerbungen auf der Bahn in Chemnitz. Verteidiger der Meisterschaft über 1000 Meter ist der Kölner Robert Traudel. Sein stärkster Widersacher dürfte der Berliner Dahl sein. Von nominierten Fahrern sind noch zu nennen: Engel, Dols, Erdmanni (älteste Berlin), Röder-Hannover, Frech, Horst-Breslau, Vogel-Dortmund, Heitkem, Bött-Frankfurt, Kleintz-Bremen, Rosenlöcher, Ginkel-Dresden, R. Steiger-Augsburg, Spinnrats-Auefeld, Ober, Jen., Geisen, Löbel-Chemnitz, Michel-Modena-Stettin und Schin-Düsseldorf, der Verteidiger der Meisterschaft über 25 Kilometer. Über die lange Strecke sind die gefährlichsten Gegner des Westdeutschen von Leipzig Walter, die Berliner Becker, Brink, Stodt, Wanther und Scherl. Die Vereinsmeisterschaft-Meisterschaft auf der Bahn verteilt Concordia-Berlin nicht, sobald Germania-Charkottenburg, Post SV-Berlin, Egelsbach-Dresden und Ergo-Berlin die besten Ausläufer eingeschritten sind. Die Meisterschaft im Einzelstrecken-Fahren über 265 Kilometer wird am Montag ausgetragen. Verteidiger ist der Berliner Walter Hoffmann, dem es nicht leicht fallen wird, gegen so gute Konkurrenten wie Bölk-Berlin, Röder-Berlin, Ober-Breslau, Brandenburg-Hannover, Leder-Augsburg und Lindenauer-Jülich seinen Vorjahrsieg zu wiederholen.

**Bundeskampf des Sächsischen Radfahrerbundes.**

Vom 10. bis 18. Juli findet in Radebeul im Vogtland das 40. Bundesfest des Sächsischen Radfahrerbundes statt. Am Sonnabend wird auf den 40. Bundesfahrtveranstaltung alles Wichtigste des Bundes besprochen werden. Die Meisterschaften außer denen auf der Bahn beginnen bereits am Freitag mit dem Wettkampf im Zweier- und Dreier-Radball. Der Hauptkampftag ist der Sonntag mit folgendem Programm: 9 Uhr Start zur 100 Kilometer-Bundesmeisterschaft im Mannschaftsfahren. — 8 Uhr Vorwettbewerbe zu allen Saalwettbewerben bis zur Entscheidung. — 16 Uhr Rennradballmeisterschaft. — 18 Uhr Siegerverkündung.

**Also doch Schmeling gegen Garnero.**

Nach einer New Yorker Radmeldung muß Weltmeister Max Schmeling seinen Titel bereits am 17. September gegen den italienischen Ritter Primo Carnera in einem 15 Rundenkampf verteidigen. Der Vertrag für diese Begegnung wurde am Mittwoch abend in New York von den Interessenvertretern der beiden Boxer Joe Jacobs und Leon S. unterzeichnet. Der Austragungsort wurde noch nicht festgelegt, doch wird New York kaum in Betracht kommen, da die New Yorker Boxkommission weiter an ihrem Standpunkt festhält, daß Schmeling vorerst mit Shorty kämpfen müsse. Schmeling hat also nur wenig Zeit zur Schulung.